

Danziger Zeitung.

№ 9744.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerhagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 A., durch die Post bezogen 5 A. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1876.

Telegramme der Danziger Zeitung.

London, 20. Mai. Die englische Regierung wird, wie „Reuter's Bureau“ erfährt, ihren Beitritt zum Memorandum der drei Kaiserreiche bezüglich der orientalischen Angelegenheit nicht erklären.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Paris, 19. Mai. Die Reichsrathsdelegation hat das Budget des gemeinsamen Finanzministeriums nach den Anträgen des Ausschusses genehmigt, auch eine vom Ausschusse vorgeschlagene Resolution, in welcher das gemeinsame Ministerium aufgefordert wird, bei der Aufstellung des Budgets pro 1878 auf die Verwendung der entbehrlichen Capitalien des Militär-Stellvertreter-Fonds Bedacht zu nehmen, mit 23 gegen 21 Stimmen angenommen, obwohl der Reichsminister bei der bezüglichen Debatte sich gegen diese Resolution ausgesprochen hatte. Auch der Etat für den obersten Rechnungshof und die Bedienungspost der Polizeibehörden wurden genehmigt. — Vom Budgetausschusse der Reichsrathsdelegation ist das Ordinarium des Kriegsbudgets meist ohne Abänderung erledigt worden. Eine Resolution betreffs Reorganisation der Militär-Bildungsanstalten, namentlich des Offizier-Fachschul-Instituts in Hernalz im Sinne einer Gleichberechtigung der Confectionen wurde angenommen. Auf eine Anfrage bezüglich der Angelegenheit des vormaligen Leutnants Eril erklärte der Vertreter der Regierung, FML. Benedek, derselbe habe unter Vorpiegelung von Connectionen mit hochgestellten Militärpersonen theils seine eigenen Combinationen, theils unvollständige Auszüge aus militärischen Papieren zum Kaufe angeboten, für die Armee sei dadurch aber weder ein Verlust noch auch irgend eine Gefahr erwachsen.

Ropienhagen, 19. Mai. Der König Georg von Griechenland ist an einem gastrischen Fieber erkrankt, welches jedoch bis jetzt keine beunruhigenden Symptome zeigt.

Abgeordnetenhaus.

59. Sitzung vom 19. Mai.

Dritte Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend den Ankauf und den Ausbau der Bahnstrecke Halle-Kassel und Korbhausen-Niemi. Abg. Windthorst (Vielefeld): Ich wünsche von der Regierung eine Aufklärung über das durch den vorliegenden Vertrag herbeigeführte Verhältniß der Stammactien der Halle-Kasseler Bahn, die sich im Besitze der Actien-Lit. B. der Leipziger Eisenbahn befinden. Die Actiäre sind in Furcht, daß ihre Interessen erheblich dadurch geschädigt werden können, daß in dem Vertrage kein bestimmter Termin festgesetzt ist, bis zu welchem die Magdeburg-Leipziger Eisenbahn-Gesellschaft verpflichtet sein soll, die Einführung herbeizuführen. — Geh. Rath v. Loeb: Nach dem Vertrage hat die Magdeburg-Leipziger Gesellschaft die Verpflichtung übernommen, sich aufzulösen, sobald der Vertrag perfekt geworden ist. Die Regierung ist nicht im Zweifel, daß diese Auflösung sofort erfolgt, und daß die Einführung der Actien von Seiten der Gesellschaft sofort eintreten werde, sobald der Vertrag rechtskräftig wird. — Abg. Windthorst (Vielefeld): Hiernach würde doch das sehr gewichtige juristische Bedenken hervortreten, daß eine bereits aufgelöste Gesellschaft nicht mehr eine Garantie geben, wenigstens juristisch nicht mehr zur Erfüllung ihrer Pflichten gezwungen werden kann. — Geh. Rath v. Loeb: Die Magdeburg-Halbener Eisenbahn-Gesellschaft hat in dem Vertrage ausdrücklich die Verpflichtung übernommen, die Besitzer der Actien Lit. B. der Magdeburg-Leipziger Bahn zu befriedigen. — Der Gesetzentwurf wird definitiv angenommen.

Dritte Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Uebernahme einer Zinsgarantie des Staates für die Prioritätsanleihen der Halle-Soran-Gubener Eisenbahngesellschaft bis auf Höhe von 29,730,000 A. Abg. Roedel: In § 6 des Vertrages heißt es: Die zum vollständigen Ausbau und zur Ausrichtung der Bahn, zur Ausgleichung der Unterbilanz per ultimo 1875 und zur Deckung einer schwebenden Schuld erforderlichen Geldmittel werden durch Ausgabe neuer 4 1/2 proc. Prioritäts-Obligationen der Halle-Soran-Gubener Eisenbahngesellschaft in Höhe von 9,000,000 A. beschafft. Mir ist nicht klar, wie die Regierung u. d. d. Summe auszusprechen gedenkt, um die notwendigen Bantzen auszuführen und gleichzeitig die Unterbilanzen und Schulden zu decken. Dafür reicht die Summe bei weitem nicht aus. Meine zweite Anfrage an die Regierung betrifft den Vertrag der Halle-Soran-Gubener Eisenbahngesellschaft mit der Berliner Handels-Gesellschaft. Es heißt zwar in § 2 des vorliegenden Vertrages: „Soweit die Verpflichtungen der Gesellschaft zu ihrer Perfectiön der staatlichen Genehmigung bedürftig, wird durch den Vertrag keinerlei Verpflichtung zur Ertheilung dieser Genehmigung seitens der Staatsregierung übernommen.“ Dies gilt insbesondere bezüglich des zwischen der Halle-Soran-Gubener Eisenbahngesellschaft und der Berliner Handels-Gesellschaft am 8. September 1874 abgeschlossenen Vertrages. Nun geht aber aus dem Verwaltungsbericht der Gesellschaft hervor, daß eine Abmachung besteht, wonach die Berliner Handels-Gesellschaft eine Prioritätsobligation im Betrage von 3 Mill. M. von der Halle-Soran-Gubener Gesellschaft zu bekommen hat, bezüglich derer die Auszahlungspflicht im Widerspruch mit § 2 dieses Vertrages nach wie vor besteht bleibt. Es wäre sehr wünschenswert, über das Vorhandensein einer derartigen, hinter unsern Rücken geschlossenen Abmachung von der Regierung eine klare Auskunft zu erhalten.

Geh. Rath v. Loeb: Der Staatsregierung ist von einem solchen Abkommen, wonach die Halle-Soran-Gubener Eisenbahngesellschaft, bez. die Regierung auch heute noch verpflichtet sein soll, die 3 Mill. Prioritätsobligationen der Berliner Handels-Gesellschaft zu überlassen, nichts bekannt. Was die erste Anfrage betrifft, so kann ich nur erwidern, daß die Regierung mit der ihr zur Verfügung stehenden 9,000,000 M. vollständig in der Lage zu sein glaubt, sowohl die noth-

wendigen Bantzen auszuführen, als die übernommenen Schulden der Gesellschaft zu tilgen.

Abg. Berger (Witten): Der Handelsminister hat in meinem jetzigen Auftreten einen unbedingten Widerspruch mit meiner parlamentarischen Vergangenheit gefunden, insofern ich seit der Bestimmung der Regierung auf Ausbehnung des Eisenbahngesetzes nach Kräften unterstützt hätte. Ich muß mich gegen diesen Vorwurf verwahren. Wenn ich für Staatsbahnen war und noch heute bin, so involvire dies keineswegs, daß ich nun auch für die Uebernahme der Zinsgarantie seitens des Staates für eine zahlungsunfähige, in der bedenklichsten Weise entstandenen Privat-Eisenbahngesellschaft stimmen muß. Ich bin mir selbst auch ferner durchaus nicht inconsequent geworden, indem ich nicht für den Uebergang der preussischen Staatsbahnen auf das Reich stimmte, auf einen Organismus, der nach meiner innersten Ueberzeugung nicht dazu geschaffen und fähig ist, um einen solchen großartigen Transportbetrieb zu übernehmen. (Sehr richtig! links.) Der Handelsminister hätte sich die Frage vorlegen müssen, ob er sich nicht auf einem unrichtigen Wege befindet, wenn diejenigen Leute, die ihn bisher bei seinen Bestrebungen auf Ausbehnung des Staatseisenbahngesetzes nach Kräften unterstützt, sich weigerten, noch weiter mit ihm zu gehen. Ich und meine politischen Freunde, wir unterstützen die Regierung nur, wenn sie sich auf dem richtigen Wege befindet, und wir leisten pflichtmäßig Widerstand, wo sie nach unserer Ansicht auf falschem Wege geht. Ich höre hinter mir rufen: „tout comme chez nous“ — ich werde sehr erfreut sein, wenn Sie das, was ich von mir und meinen politischen Freunden sagen kann, auch von sich behaupten können. (Heiterkeit.) Ich will nur einfach noch erklären, daß meine politischen Freunde und ich eine Partei unabhängig der Männer sind, daß wir das von jeder waren und für alle Zeit bleiben werden, sowohl dieser oder jeder andern Regierung gegenüber. (Beifall links.)

Abg. Rödel: Ich kann nur constatiren, daß mir die kurze Erwiderung des Regierungs-Commissars keineswegs geeignet erscheint, Aufklärung in diese dunklen Punkte hineinzubringen.

Abg. Roederath: Auch ich kann mein Erstaunen darüber nicht unterdrücken, daß die Antwort des Reg.-Commissars eine so ungenügende gewesen ist, weil aber über diese Bagatelldinge kein Wort weiter verlieren. (Heiterkeit.) Ich habe mich in der letzten Debatte nicht, wie mir vorgehalten wurde, auf einen rein negativen Standpunkt gestellt, sondern ganz scharf und bestimmt erklärt, daß ich es als eine Pflicht der Regierung bezeichnet, unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß der Betrieb einer bereits mehrere Jahre bestehenden Eisenbahn, wie es die hier vorliegende ist, weiter fortgeführt werde, daß es aber ungerath und gegen die Interessen des Landes sei, daß die Regierung die Schulden einer insolventen Bahn auf sich nehme. Ich habe voran besonders darauf hingewiesen, daß durch den zu dieser Vorlage gehörenden Vertrag den reichen Prioritäts-Inhabern größere Vortheile gewährt werden, als nothwendig war. Wenn der Abg. Wehrenpennig mit Empörung anrief: solche Vorwürfe sollte ich doch der „Eisenbahnzeitung“ überlassen, so weiß ich nicht, wie er dazu kommt, mich mit diesem Blatt in Verbindung zu bringen. Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß die maßlose Sprache, der Mangel an Beweisführung, und die plumpe Angriffsweise der „Eisenbahnzeitung“ mir so wenig gefallen, wie möglich, und dies ist der Grund, weshalb ich dies Blatt in den letzten Wochen nicht mehr gelesen habe. Das aber muß ich doch gestehen, daß gerade die Partei des Abg. Wehrenpennig für einen geschickten Feind Achillesfersen genug darbietet, und daß ihr Verhalten in dieser Angelegenheit der Halle-Soran-Gubener Bahn nicht geeignet ist, frühere Sünden wieder gut zu machen.

Der Finanzminister: Der Vorredner stellt als Hauptfach hin, der Staat hätte unter allen Umständen dafür sorgen müssen, daß der Betrieb der Bahn hätte fortgesetzt werden können. Nun, wenn der Staat eine solche Verpflichtung anerkennt und wenn er wußte, daß die Gesellschaft Prioritätsobligationen ausgeben hätte, deren Inhaber berechtigt wären, wenn ihnen die Zinsen nicht zum festgesetzten Tage gezahlt wurden, auf die Erklärung des Concurses anzutragen, wie wollte dann der Staat sich anders stellen, als daß er die Sorge übernahm, daß diese Zinsen gezahlt wurden? Nun wird geglaubt, daß man den Prioritäts-Inhabern mehr eingeräumt hat, als nöthig gewesen sei. Ich habe schon an einem andern Orte dargelegt, wie die Staatsregierung bei der Ertheilung des Privilegiums für die erste Serie der Prioritätsobligationen von der Ansicht ausgegangen sei, daß für dieselben eine ganz unbedingte Sicherheit bestehe. Dieses erste Privilegium, welches sich über den Betrag von 2,500,000 Thlrn. erstreckte und welches das gleiche Recht vorbehielt über einen Betrag von 2,190,000 Thlrn., ist 1871 ertheilt worden. 1872 sind diese Prioritäten von einem Consortium übernommen, sie sind an der Börse zum Course von 100—101 1/2 p. im ersten Halbjahr 1872 veräußert worden und es ist der weitere Rest von 2,190,000 Thlrn. im zweiten Semester 1872 auf dem Wege der Subscription zum Course von 100 1/2 p. begeben worden. Von diesen 4,690,000 Thlrn. ist auch nicht ein einziges Stück in dem Besitze des Consortiums zurückgeblieben oder unter 100 p. veräußert worden, und dieser Umstand ist eine unbedingte Zahl von kleinen Capitalisten, die Gott sei Dank die ihnen zugesicherten Zinsen stets bezogen haben. Da diese Gesellschaft vor der Gründung des Invalidenfonds und vor Erlaß des Gesetzes über die Dotation der preussischen Provinzen stattgefunden haben, so haben diese Beziehungen auf jene früheren Transactionen auch nicht den geringsten Einfluß geübt. Wenn die Prioritäten sich in den Händen der Erwerber aus dem Jahre 1872 befinden, haben diese also nicht allein keinen Gewinn gemacht, sondern sind bis heute noch nicht auf den Kaufpreis gekommen, und wenn geglaubt wird, daß der unter dem Einfluß so vieler Verhältnisse herbeigeführte Course viele Inhaber dieser Prioritäten vernichtet haben möchte, sich ihres Besizes zu entledigen, so glaube ich, das nicht und würde andernfalls alle diejenigen, die mit so consequenter Standhaftigkeit dieses Papier in ungelegelter Weise angegriffen haben, bedauern, daß sie ein solches Resultat herbeigeführt haben. (Sehr gut!) Bei der 1873 ausgegebenen zweiten Emission von 2,220,000 Thlrn. ist der Dotationsfonds theilhaftig, und deshalb

will ich keinen Anstand nehmen, den von dem Consortium für diese Obligationen im März 1873 gezahlten Kaufpreis zu nennen: Der Uebernahmepreis belief sich auf 97 p. Diese Obligationen hat das Consortium allmählig zum Preise von 100, auch über 100 verkauft. Die Uebernahme seitens des Consortiums hat am 5. März 1873 stattgefunden, in dem 1873 erlassenen Dotationsgesetz war irgend welche Verpflichtung, Prioritätsobligationen zu kaufen, nicht gegeben und bei der ersten Belegung der Fonds, die ja die weitaus bedeutendste Operation war, sind für Rechnung des Dotationsfonds von diesen Prioritäten gar keine Stücke übernommen worden, erst 1874 sind einzelne Beträge gekauft worden und zwar genau nach den einzelnen Tagescoursen. Im Januar 1874 hat von dem Consortium ein Betrag von 134,000 Thlrn. übernommen werden können, alle anderen Beträge sind an der Börse gekauft worden, und auch diese Obligationen von 2,200,000 Thlrn. sind längst in den Besitz des Privatpublicums gelangt, im vorigen Jahre trat nun das Verhältniß ein, daß sich die Gesellschaft in ihren Anträgen geirrt hatte, und es trat an die Regierung, als sie um Hilfe in Anspruch genommen wurde, die Frage heran: was soll nun geschehen? Das neue Privilegium, das nun dem bisher erwähnten hinzutrat, ist von dem Handelsminister und mir dem Kaiser gegenüber erst dann bekräftigt worden, als sich die Berliner Handels-Gesellschaft bereit erklärte, die Garantie für die Zinszahlung bis zum 1. April 1877 zu übernehmen. Uns hat es also nicht überrascht, daß die Erträge der Bahn 1875 und 1876 nicht vollständig ausreichen würden, um allen Verpflichtungen zu genügen, wir sind aber nicht zweifelhaft gewesen, daß bei längerer Dauer des Betriebes und nach Befriedigung der ungünstigen finanziellen Verhältnisse, wie sie durch Uebernahme der Vorlage herbeigeführt wird, die Bahn allmählig einer immer günstigeren Entwicklung entgegengehen wird; in welchem Umfang, wird die Zukunft lehren. Eben, weil weder die Actiäre, noch die Regierung in der Lage gewesen wären, einen wirklich angemessenen Kaufpreis der Bahn jetzt herauszugeben, haben wir den von uns gewählten Weg eingeschlagen müssen, statt die Bahn sofort anzukaufen. Wenn es je ein Phantasiebild gegeben hat, dann ist es das, daß die Bahn in die Lage kommen könne, die Zinsen für ihre Prioritäten nicht aufzubringen. Das hat das letzte Jahr zur Genüge bewiesen. Aber es sind noch andere Gründe, die gegen den sofortigen Ankauf der Bahn sprechen. Denken Sie sich eine Verhandlung über den Ankauf der Bahn mit den Prioritäts-Stammactienbesitzern und den einfachen Actienbesitzern, denn diese sind ja die Eigentümer der Bahn, die Prioritätsbesitzer sind die Gläubiger der Gesellschaft. Diese müssen von den Eigenthümern vorab befriedigt werden. Man hätte also zunächst 10 Millionen Thaler zur Befriedigung der Gläubiger hergeben und darüber verhandeln müssen, was die Eigenthümer bekommen, und wenn nun für die Eigenthümer stipulirt war, daß die Prioritätsstammactien-Besitzer für den Betrag von 6,750,000 Thaler das Recht hätten, zuerst Befriedigung zu verlangen, bevor die Stammactien-Besitzer, deren Actien dieselbe Höhe erreichen, etwas beanspruchen konnten, so bitte ich, sich zu vergegenwärtigen, um welche Zahlen es sich gehandelt haben würde. Statt dessen hat die Regierung ausgeprochen, wir wollen die Garantie für die Befriedigung der Gläubiger übernehmen, uns dabei aber nicht der Gefahr aussetzen, daß durch eine möglicher Weise schlechte Verwaltung das gute Werk wieder in Frage gestellt wird. Durch die Uebernahme der Verwaltung durch den Staat haben wir demselben einen sehr großen Vortheil gesichert, den ich leichten Kaufes nicht wieder abtreten möchte. Sollten in den ersten Jahren Zuschüsse nöthig werden, so wird doch ohne Zweifel sehr bald der Zeitpunkt eintreten, wo es der Zufalls nicht bedarf — ich bin bereit, es in jeder Weise zu garantiren — und dann soll nach dem Vertrage jeder vorgeschossene Thaler nebst 5 Proc. Zinsen dem Staate zurückgezahlt werden. Wenn mit einem gewissen Pathos auf die nachtheiligen Folgen der Vorlage für die Steuerzahler hingewiesen worden ist, so kann ich versichern, daß Tag und Nacht meine Sorge darauf gerichtet ist, die Lasten der Steuerzahler nicht höher anwachsen zu lassen, als die Verhältnisse des Landes erfordern (Beifall), aber ich würde das Interesse der Steuerzahler auf das Schmächtigste verletzt haben, wenn ich mich dem Handelsminister gegenüber ablehnend verhalten und es auf den Concurs der Bahn hätte ankommen lassen. Ein solcher Standpunkt wäre für den Finanzminister in mancher Hinsicht recht bequem: er würde dann vielleicht weniger Sorgen haben, und seine Handlungsweise würde nicht Verächtlungen ausgesetzt werden. Er hätte sich dann auf sein formelles Recht zurückgezogen — fiat justitia, pereat mundus — auf diesen Standpunkt aber werde ich mich niemals stellen (Beifall). Ich erkenne die Verpflichtung an, für das Interesse der Staatsangehörigen zu sorgen, wo die Sorge von Seiten des Staates eintreten darf. Ich habe den Vertrag nicht abgeschlossen, um den Actiären zu Hilfe zu kommen, obgleich dies auch ein Grund war; sondern weil ich glaube, daß die Erwerbung der Bahn in Zukunft dem Staate von großem Nutzen sein könnte. Dieser Nutzen wird jetzt um so eher eintreten, nachdem Sie vor wenigen Augenblicken Ihre Zustimmung zu dem Vertrage wegen Ankaufs der Halle-Kasseler Bahn gegeben haben. Ich bitte Sie, wenn Sie es nicht schon längst gethan hätten, einen Blick auf die Karte zu werfen und dann objectiv sich darüber zu erklären, ob es einen Eigenthümer in der ganzen Welt geben kann, für den diese Bahn die Bedeutung haben wird, wie für den preussischen Staat (Zustimmung). Der Abg. Berger, der jetzt 14 Mill. Thlr. für diese Bahn geben will — er würde sie natürlich nicht dafür bekommen, (Heiterkeit) macht uns ferner den Vorwurf, daß wir nicht gleich freihändig angekauft haben. Ist denn aber der abgeschlossene Vertrag, nicht ein freihändiger Kauf? haben wir nicht die freiwillige Zustimmung der Actienbesitzer und Prioritätsactienbesitzer dazu bekommen, daß wir unter Bedingungen, die für den Staat wahrscheinlich als günstig zu betrachten sind, das Eigenthum der Bahn an uns nehmen können, daß es nur noch von dem Willen des Staates abhängt, ob er der Eigenthümer werden will? und daß, wenn ihm nachher der Ankauf nicht erwünscht wäre, weil die letzten 5 Jahre, die dem Ablauf der 15 Jahre vorangehen, nach welchen eine Erklärung zu erfolgen hat, anscheinend zu günstigen Resultate ergeben haben, er dann den Ankauf

unterlassen kann und die Verwaltung der Bahn doch unter allen Umständen fortführt? Ich kann Sie versichern, daß nach meiner aufrichtigsten Ueberzeugung das von der Regierung abgeschlossene Geschäft ein für die Actiäre billiges, ein für die Prioritätsgläubiger sicheres und ein für den Staat überaus vortheilhaftes ist. (Sehr richtig!) Was die letzten Prioritäten anlangt, die niemals ausgegeben wurden, sondern nur in den Pfandbüchern der Actiäre vorhanden sind, die dem Unternehmen Vorschüsse gemacht haben, werden nach Befriedigung meines Commissars in natura dem Staat ausgehändigt. Das stipulirte Optionsrecht hat nach den Verhältnissen des abgeschlossenen Vertrages seine Endgültigkeit erreicht. Was die vom Abg. Rödel angeregte Verwendung der Geldmittel betrifft, so ist nicht zu übersehen, daß die von uns in Vorschlag gebrachte Summe höher ist, als die der verpfändeten Prioritätsobligationen, daß also schon allein ein Fonds zur Ausfüllung weiterer Ergänzungsbantzen enthalten ist. Außerdem sind die schwebenden Schulden nicht von der Größe, um auch nur die alten Prioritäten, wenn sie ihrem Nominalbetrag nach in Ansatz gebracht werden, irgendwie abfordern zu können. (Beifall.)

Abg. Rödel: Der Abg. Berger hat besonders rühmend hervorgehoben, daß seine Partei aus vollständig unabhängigen Männern bestehe. Ich glaube nicht, daß es der Partei dienen kann, wenn dies bei jeder Gelegenheit mit großem Applomb hervorgehoben wird, vielmehr bin ich der Meinung, daß diese Angelegenheit dazu besonders unglücklich gewählt war, da hier hervorragende Männer seiner Partei, von rein sachlichen Gründen abgesehen, sich nicht anschließen haben. Was ist denn die Differenz zwischen dem Abg. Berger und uns? Auch er hält die Erwerbung der Bahn im Interesse des Staates unumgänglich für nothwendig und will dafür 42 Mill. verwenden. Die Regierung beweist uns, daß dieser Weg unzweckmäßig und unausführbar sei, deshalb sind wir so frei, im Interesse des Landes, von sachlichen Gründen geleitet, den von der Regierung vorgeschlagenen Weg zu billigen. Ich bitte also den Abg. Berger, nicht so ostentativ von den unparteiischen Männern seiner Partei mit einem nicht mißzuverstehenden Seitenblick auf meine politischen Freunde zu reden.

Handelsminister: Ich habe: Der Abg. Berger hat es als einen Vorwurf empfunden, daß ich gesagt habe, er habe bei früheren Gelegenheiten die Staatsregierung unterstützt. Ich war mir wohl bewußt, daß hier von einem Gebiete die Rede war, worin nicht politische sondern nur wirtschaftliche Gesichtspunkte maßgebend sind und in welchem sich Männer aller politischen Parteien unterstützen können. Ich wollte nur mein Bedauern darüber ausdrücken, daß ich seine seit meiner Unterführung als Handelsminister mir besonders werthvolle Unterstützung in wirtschaftlichen Fragen bei dieser Gelegenheit entbehren muß. Sollte mir der Abg. Berger deshalb einen Vorwurf machen, so müßte ich in Zukunft darauf verzichten, meine Freude auszudrücken, wenn der Abg. Berger mich wieder einmal unterstützt. (Heiterkeit.)

Abg. Berger (persönlich): Ich habe mich gegen die Ausführungen des Handelsministers nur insofern verwahrt, als er zu deuten versuchte, meine bisherige Unterstützung verpflichte mich indirect, ihm auch heute zuzustimmen. Dem Abg. Rödel erwidere ich, daß ich von vornherein bei meiner Bemerkung nicht speciell seine Partei im Sinne hatte, sondern dieselbe durch eine hinter mir gefallene Aeußerung veranlaßt, gemacht habe.

In der Specialdebatte ergreift zu § 1, welcher die Uebernahme der Zinsgarantie durch den Staat anspricht, das Wort.

Abg. Schröder (Lippstadt): Bisher hatte die Vorlage für mich gar nichts Befriedigendes, der heutige Vortrag des Finanzministers hat ihr Angezicht, wenn auch nicht verschönert, so doch weniger häßlich gemacht. Wir wissen jetzt, daß die zweiten Prioritäten von dem Consortium zu dem Course von 97 übernommen wurden und begreifen, daß die Dotation, welche wir den Inhabern geben, keine allzu große ist; immerhin werden nach der Emancipation des Gesetzes die Prioritäten über pari stehen. Der zweite Punkt, worüber uns der Finanzminister heute Aufklärung gab, ist das Verhältniß des Optionsrechtes bei der dritten Prioritätsanleihe und ich muß gestehen, daß hierin meine Information eine irrige war. Eine solche Praxis der Regierung ist überhaupt die allein wünschenswerthe und wird von dem englischen Ministerium immer beobachtet. Dieselbe lagte dem Parlamente ganz offen beim Ankauf der Suezcanalactien: wir brauchen die und die Summe für den Khebe, und so und so viel für das Hans Rothschild an Provision. Wenn wir das ansprechen, dann wirft man uns sofort vor, wir wollen Verächtlungen ausbreiten, das Ministerium stützen u. A. (Heiterkeit.) Wir wollen keinen Wechsel im Ministerium, denn der kann uns nichts helfen, sondern womöglich die Sache für uns noch schlimmer machen. Ja wenn noch der Abg. Rödel Cultusminister würde (Heiterkeit), aber wenn ich an den Abg. Wehrenpennig oder Jung denke, dann behalten wir lieber unseren alten, braven Dr. Fall. (Große Heiterkeit.) Man macht uns zum Vorwurf, daß wir für die Zinsgarantie der Bahn Minister-Einschube gestimmt hätten, jetzt aber gegen eine gleiche Vorlage Opposition machten. Wenn ich von der Zukunftsmusik absehe, welche mir in der Rede des Finanzministers am wenigsten gefallen hat, so komme ich zu dem Resultat, daß im ungünstigsten Falle die Regierung in 15 Jahren bei der Minister-Einschube Bahn höchstens 116,000 Thlr. Kosten haben kann, welche der Fiskus leicht aus den Gebäuden, dem Grund und Boden und dem sogenannten rollenden Werk erzielen kann, während die Halle-Soran-Gubener Bahn, Veränderungen nicht vorausgesetzt, dem Staate nach 15 Jahren 16 Millionen Thaler kosten wird, und dieser Preis ist viel zu theuer. Dieses Resultat motivirt meine Abstimmung. Der Abg. Wehrenpennig ließ seiner gewöhnlichen Weise folgend durchschleichen, wir hätten deshalb für Minister-Einschube gestimmt, weil diese Bahn durch Westfalen geht, und wie ich constatire, durch einen der schwärzesten Bezirke Westfalens, während die Bahn, um die es sich hier handelt, durch die eigentliche Bruchfläche des protestantischen Fanatismus geht. (Heiterkeit.) Nicht wahr, das klingt häßlich! (Große Heiterkeit.) Die Einwände der conservativen Partei sind von dem Abg. Wehrenpennig dadurch in das Reich des Lächerlichen zu verweisen versucht worden, daß er sie in die „Eisenbahnzeitung“ verwies. Dazu sind Sie (zu den National-Liberalen) nicht competent. So lange Sie nicht die in der Reuter'schen

Broschüre über die national-liberale Presse etc. ange-
stellten Behauptungen über Sie als Verleumdung er-
weisen, haben Sie nicht das Recht, über die Presse
anderer Parteien zu raisonniren. Ich habe die Broschüre
mit vielem Interesse gelesen, ich weiß zwar nicht, ob
alles darin Gesagte wahr ist, vieles aber davon hat sich
unter meinen Augen zugetragen, das ist wahr. (Abg.
Jung: Alles Lüge! Abg. Parisius: Vieles ist wahr.)
Bei der jetzigen Sachlage verzinkt die Halle-Sorau-
Gubener Bahn ihre Prioritäten mit 1 1/2 Procent,
dabei muß also der Staat 3 Procent aufstecken, eine
auf die Dauer allzu hohe Last. Und dieses ist nicht
der erste Schritt, den wir auf dieser abschüssigen Bahn
thun. Man spricht schon von der Erwerbung der
Märkisch-Posenener Bahn, welche allerdings ihre Priori-
täten noch verzinkt, deren Stammactien aber noch keinen
Großchen bekommen haben. Das sind Consequenzen,
welche unsere Finanzen und ihren wohlgegründeten Ruf
der Solidität in Europa schlimm gefährden können und
den wir nicht aufgeben sollten für gewagte ectiones
spei. Aus diesen einfachen objectiven Rücksichten stimme
ich gegen die Vorlage. Man sagt endlich, der Staat
dürfte sich nicht bereichern an dem Unglück seiner Mit-
bürger. Ist der Staat an diesem Unglück schuld oder
die Gründer? Wenn der Staat im Concurse läuft, so
thut er nichts Unehrenhaftes. Er darf durch Maßregeln
nicht den Concurse beschleunigen, aber er kann der Sache
ihren naturgemäßen Lauf lassen. (Beifall im Centrum,
Gelächter links.)

Handelsminister Achenbach: Wenn der Redner
seine verschiedene Abstimmung von jetzt und bei der
Bahn-Minister-Erklärung vom finanziellen Standpunkte
aus zu rechtfertigen sucht, so kann ich seinen Ausführun-
gen nach meiner Erfahrung nicht beistimmen. Halle-
Sorau-Guben ist kein unsicherer Factor, sondern wird
ein nützliches Glied des preussischen Staatsbahnnetzes
sein und kaum jemals in die Lage kommen, daß die
Einnahmen nicht die Betriebskosten decken. Dagegen ist
eine gleiche Beförderung in Betreff der Minister-Erklärung
Bahn nicht abzuleiten, wenigstens ist ein sicheres
Resultat nicht auszusprechen. Nachdem noch der
Reg.-Commissar einige Ausführungen des Abg.
Schroder bekräftigt hat, wird die Discussion geschlossen.
— Abg. Wehrenpfennig (persönlich): Gegen die
persönlichen Angriffe Niemandes aus diesem Hause bin
ich so unempfindlich, wie gegen die des Abgeordneten
für Lippstadt, zumal wenn er versucht, sich in die
Sphäre stichtlicher Erwägung zu erheben. — Abg.
Schroder entgegnet, daß es ihm fern gelegen habe,
den Abg. Wehrenpfennig persönlich anzugreifen, er habe
nur in seinem Verfahren das Parteigebahren charak-
terisiren wollen. — § 1 wird hierauf angenommen;
ebenso § 2 und das Gesetz im Ganzen definitiv ge-
nehmigt.

Das Haus setzt demnach die gestern unterbrochene
Spezialberatung des Gesetzesentwurfs, betreffend die Be-
fähigung für den höheren Verwaltungsdienst fort.
§ 14 lautet in der Fassung der Regierungsvorlage:
„Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden auf die
Verfugung zu den Stellen der Präsidenten, Abthei-
lungspräsidenten und technischen Mitglieder (der Forst-,
Geistlichen, Schul-, Medizinal- u. Räte sowie der mit
der Bearbeitung der Auseinandersetzungsachen betrauten
technischen Mitglieder) bei einer Regierung (§ 1) sowie
zu den Stellen der Verwaltung der indirecten Steuern
keine Anwendung.“ Die Commission schlägt folgende
Fassung vor:

„Die Bestimmungen dieses Gesetzes über die Be-
fähigung zum höheren Verwaltungsdienste finden An-
wendung auf die Verfügen zu den Stellen: 1) der Ab-
theilungspräsidenten und Mitglieder bei einer Regierung
(Landdrostei, Finanzdirection in Hannover) und der den
Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten zugeordneten
höheren Verwaltungsbeamten, mit Ausnahme der Zu-
sätzlichen und technischen Beamten dieser Behörden (der
Forst-, Geistlichen, Schul-, Bau-, Medizinalräthe); 2)
derjenigen Mitglieder des Oberverwaltungsgerichts und
der Bezirksverwaltungsgerichte, welche die Befähigung
zu den höheren Verwaltungsämtern besitzen müssen; 3)
der Landräthe, Kreis- und Amtshauptmänner und Ober-
amtmänner in den Hohenzollernschen Ländern.“ Ferner
beantragt die Commission folgenden neuen § 14a:
„Diejenigen Personen, welche von einem Kreistage zur
Befähigung eines erledigten Landratsamts im Geltungs-
bereiche der Kreisordnung vom 13. December 1872 vor-
geschlagen, beziehungsweise in der Provinz Westfalen
und der Rheinprovinz präsentirt werden, sind auch
dann für befähigt zur Befähigung der Stelle eines
Landrats zu erachten, wenn sie die zweite juristische
Prüfung abgelegt haben.“ Hierzu liegen eine Anzahl
von Amendements vor, von denen wir folgende, später
angenommenen mittheilen: v. Bonin beantragt zu
§ 14a nachstehenden Zusatz anzunehmen: „oder wenn
sie nach bestandener erster Prüfung bei den Gerichts-
und Verwaltungsbehörden im Vorbereitungsdienste,
oder in Selbstverwaltungsdiensten des Communal-,
Kreis- und Provinzialdienstes zusammen mindestens
vier Jahre beschäftigt gewesen sind.“ Windthorst
(Wiesfeld) will hier noch hinzu gefügt haben: „Alle
anderweitig bestehenden Beschränkungen in Bezug auf
den Kreis der Personen, welche von einem Kreistage
für die Befähigung eines erledigten Landratsamtes im
Vorschlag gebracht werden können, sind aufgehoben.“

Abg. v. Löper-Löperstorf: Zu einem guten
Landrat gehören nicht wesentlich die Eigenschaften,
welche man durch die beiden Examina erwirbt; die
Regierung wünscht einen guten Executivbeamten, und
der Kreis einen Mann, der trotzdem die Interessen
bestellen vertritt. Die Landräthe sollen durch Takt und
überlegende Erfahrung die vorkommenden Differenzen
im sozialen und wirtschaftlichen Leben anschießen
können. Solche Personen aber finden sich oft gerade
unter denen, die nicht im Discretum ergogen sind; es
sind dies oft solche Männer, die sich im öffentlichen
Leben verdient gemacht haben, und ich bin überzeugt,
daß ein solcher Mann sich viel eher die nöthigen tech-
nischen Fertigkeiten erwerben kann, als ein nur theore-
tisch durchgebildeter.

Geb. Rath Herrfurth: Die Regierung muß sich
ebenso gegen die Vorschläge der Commission als gegen
die Amendements erklären, weil beide die Bestimmungen
des Regulativ v. 1838 aufheben, was die Regierung
nicht für nöthig hält. Die Statistik ergibt, daß die
Mehrzahl der Landräthe das zweite Examen ohne irgend
welchen Zwang gemacht hat, und die Regierung wird
auch in der Praxis künftig den Grundsatz befolgen, daß
sie diesen Männern den Vorzug giebt, aber daß sie
das zweite Examen als eine conditio sine qua non
hinstellen, scheint mir weder theoretisch noch praktisch
richtig zu sein; theoretisch nicht, weil das Wissen durch
die Praxis erst werden kann, praktisch nicht, weil die
schnelle Befähigung der Landratsstellen unter diesen Um-
ständen für die Regierung nicht möglich sein würde.

Abg. von Manteuffel ist auch der Meinung, daß
man ein guter Landrat sein könne, ohne das Examen
gemacht zu haben. Ueberdies hält er es im Widerspruch
mit der Würde der Gesetzgebung, daß ein eben gegebenes
Gesetz gleich wieder aufgehoben werde. Durch die An-
nahme dieser Paragraphen werde aber § 74 der Kreis-
ordnung aufgehoben. Kein Oberbürgermeister oder
Bürgermeister braucht ein zweites juristisches Examen
gemacht zu haben, selbst nicht einmal ein Minister, und
nun wollen Sie diese Bestimmung für den Landrat
durchführen. Der Abg. Lasker hat sich neulich als den
Vater der Kreisordnung hingestellt und es der conser-
vativen Seite zum Vorwurf gemacht, daß sie dagegen
gestimmt hätte. Das ist nun allerdings richtig, aber
nachdem einmal das Gesetz perfect geworden und des
Königs Namen unter demselben stand, haben gerade die
Conservativen in ihrer gewohnten Loyalität das Gesetz

mit der größten Energie zur Durchführung gebracht,
während die liberale Partei sich bestrebt, ein Stück nach
dem anderen von demselben loszureißen.

Abg. Richter (Sagen): Ich muß zunächst die Be-
hauptung zurückweisen, als habe der Abg. Lasker sich
hier als Vater der Kreisordnung bezeichnet. Der Abg.
Lasker hat bei einer Gelegenheit, als man ihm vorwarf,
er confutire die Verhältnisse theoretisch und kenne nicht
die praktischen Lebensverhältnisse, darauf erwidert, daß
ihm derselbe Einwand bei der Kreisordnung gemacht
sei, als er gewisse Bestimmungen, die nachher Geeset
wurden, den Conservativen gegenüber verteidigte. Er
hat bemerkt, daß gerade der damals am meisten von
conservativer Seite angefochtene Theil der Kreisordnung
sich besonders bewährt habe und nun die Conservativen
selbst anerkennen müssen, daß die Bestimmungen mit
den praktischen Verhältnissen nicht in Widerspruch stehen.
Ich bedauere nur, daß die Befähigung der conservativen
Partei an der Ausführung der Kreisordnung vielfach
so ausgefallen ist, daß die Absichten der Kreisordnung
nicht vollständig zur Geltung gekommen sind. (Hört! links.)
Gegen den Sinn des Gesetzes ist die gutsherrliche Polizei
unter dem Titel der Amtsvorsteher wiederhergestellt
worden. Das hat der Abg. Lasker bei der ersten Lesung
des Competenzgesetzes deutlich erklärt; unsere Auf-
gabe wird es sein in Ausführung der Kreisordnung
das zu beseitigen, was dabei gegen ihren Sinn gefügt
worden ist, alsdann wird die Kreisordnung auch auf unse-
rer Seite noch mehr Anerkennung finden. Der Mini-
ster des Innern genirt sich nicht, 35 Paragraphen der
Kreisordnung im Competenzgesetz wieder aufzuheben,
wenn wir nur an einen Punkt einen Aenderungsvor-
trag stellen — ja, Bauer hat sich ganz was anderes
(Heiterkeit). Der Abg. v. Manteuffel hat gesagt: ja die
Minister werden auch nicht examinirt. Niemandem
kann es weniger als mir einfallen, solche Examina ein-
zuführen. Je höher die Stellung ist, um so weniger
sind Examina nöthig, da ja die Controle der öffent-
lichkeit sich geltend macht. Wenn man sagt, das
Regulativ habe sich bewährt, so muß ich er-
klären, daß gerade auf Grund dieses Regulativs eine
große Anzahl von notorisch unfähigen Persön-
lichkeiten in die Landratsämter hineingekommen ist.
(Hört!) Es hat am Rhein eine Zeit gegeben, wo man
das fünfte Manneregiment für vorzugsweise berufen er-
achtete, den Regierungsbezirk Düsseldorf mit Landräthen
zu versehen. (Heiterkeit). Ich könnte Ihnen solche Lan-
dräthe namhaft machen, z. B. einen Landrat, von dem
bei seinen Abgange in meiner Gegenwart der Ober-
regierungspräsident constatirte: er hat keinen Orden
bekommen, obwohl er seit 10 Jahren in den Akten
nichts als seine Namensunterschrift vorfindet, alle Ver-
fügungen von dem Kreissecretär gemacht und sogar die
Concepte zu den Reben auf den Kreistagen von Anderen
gemacht worden sind. (Heiterkeit). Ich könnte Ihnen
auch einen aus dem fünften Manneregiment auf Grund
dieses Regulativ in den Landratsposten eingetretene
Mann namhaft machen — die Genannten sind heu-
te nicht mehr im Amt, sonst würde ich die Bemerkung
nicht machen — von dem constatirt wurde, daß er selbst
nicht einmal im Stande sei, stilistisch und orthographisch
vollständig richtig zu schreiben. (Hört!) Wenn ich
einmal an Landräthe nicht die gleichen Anfor-
derungen wie an andere Personen für höhere
Verwaltungsämter stellen will, so haben doch solche
Vorschritten, wie sie das Amendement v. Bonin stellt,
die negative Bedeutung, daß sie verhindern, daß Jemand
unmittelbar vom Sattel in das Landratsamt hin-
steigt und die Zügel der Regierung übernimmt. (Hei-
terkeit). Wenn Abg. v. Manteuffel darauf hinweist,
daß man in Bezug auf die Bürgermeister und Magistrat-
mitglieder weniger strenge Ansichten habe, so kann ich nur auf die
Thatfache hinweisen, daß unter sämtlichen Städten
über 25,000 Einwohner sich nach der Statistik nur ein
befindet, welche unter den Magistratsbeigeordneten nicht
mindestens einen hätte, der das zweite juristische
Examen gemacht hat. Das muß ich allerdings sagen,
wenn es obligatorisch ist, daß mindestens ein Mann im
Kreisamt sich für die Qualifikation zu den höheren
Aemtern hat, so finde ich größere Wirklichkeiten darin,
daß die Concurrenz freigegeben wird, als in den An-
forderungen eines Examens. Dann wird sich kein
Landrat im Kreisausschuß gegenüber einem derartig
vorgebildeten anderen Mitglieder halten können, wenn
es nicht ganz besondere Befähigung hat, und der Kreistag
wird von vornherein das größte Interesse haben,
einen solchen Mann zu wählen, der den Posten des
Landrats auch im Kreisausschuß wahrzunehmen im
Stande ist. (Beifall.)

Minister Graf zu Eulenburg: Seit länger als
unser militärischen Einrichtungen ist auf dem Gebiet
der Civilverwaltung das Landratsamt in Preußen
jedenfalls dasjenige, was sich den meisten Ruf erworben
und wesentlich zur Entwicklung Preußens beigetragen
hat. Dem hin und wieder ausgesprochenen Mißtrauen
gegen dies Institut kann ich nur die blühendste
Beförderung entgegenstellen, daß auch heute noch
das Landratsamt im Allgemeinen als ein ausgezeich-
netes angesehen ist, das sich stets außerordentlich be-
währt hat. Nach der Kreisordnung haben die Kreis-
stände das Präsentationsrecht. Glauben Sie, daß wir
heute noch soweit sind, daß eine Kreisversammlung
Jemanden wählen könnte, von dem sie nicht die Ueber-
zeugung hat, daß er fähig sei, den Kreis zu regieren?
oder glauben Sie, daß heute sich irgend Jemand als
Candidat präsentieren wird, der nicht in sich die Kraft
fühlt, dem Rufe, der an ihn ergeht, zu folgen? (Rufe
links: ja wohl! warum nicht! Heiterkeit). Ich verstehe nicht,
wo man heute zu Tage, wo man Selbstverwaltung und Alles,
was dazu gehört, so lebhaft anstrebt, gerade den Staat
zwingt in vielen Fällen von solchen Ernennungen ab-
zusehen, welche die Kreiseingeweihten selbst vielleicht leb-
haft wünschen. Sollen wir denn diejenigen kenntnis-
reichen, wohlthätigen Leute, die sich unter der neuen
Gesetzgebung an der Staatsgewalt betheiligen müßen,
auch nicht die Aussicht eröffnen dürfen, von dem kleineren
Standpunkte aus weitere Schritte zu machen, in der
höheren Verwaltung aufwärts zu rücken? Ist es nicht
ein schönes Anreizmittel für einen Amtsvorsteher, wenn
er Landrat und auch Regierungspräsident werden kann?
Denn Sie sich doch den Fall, daß gerade ältere,
in hervorragender Lebensstellung sich befindende Leute
endlich dazu gekommen sind, dem Wunsche des Kreises nach-
zugeben und zu sagen: ich will trotz aller Mühe und
Last, die ich davon habe, euer Landrat werden. Und
diesen Leuten wollen sie zumuthen, daß sie sich von einem
Assessor examiniren lassen, wie ein Kreis zu ver-
walten ist, den sie seit 30 Jahren kennen und thätig-
lich praktisch mitverwaltet haben? Das ist unmöglich.

Abg. Graf Bethusy-Huc: Es handelt sich hier
einfach um die Frage, ob wir den § 74 der Kreis-
ordnung illusorisch machen wollen oder nicht, ob wir
das alte preussische Landratsinstitut beibehalten oder
verhüllt oder offen einen Uebergang zum französischen
Präfecturwesen beschließen wollen. Ich will das erstere
und lege einen außerordentlich hohen Werth auf die
Erhaltung unserer Landräthe.

Abg. v. Bonin: Von allen Stellungen in der
Verwaltungsreihe ist die Stellung des Landrats die
geschickteste. Je strenger wir darin sind, daß die Lan-
dräthe mit vollster Qualifikation in ihre Stellung ein-
treten, um so mehr haben wir die Stellung der Lan-
dräthe, und ich erwarte, daß, wenn von den Landräthen
diese größere Befähigung verlangt wird, der Andrang
zu diesen Stellen noch stärker werden wird, als er bis-
her gewesen ist.

Geb. Rath Herrfurth: Wenn der Abg. Richter
behauptet hat, die Regierung schiene das 7. Mann-
eregiment für die geeignete Vorstufe zu dem Landrats-
posten zu halten, so glaubt das die Staatsregierung

nicht, wenn sie auch der Meinung ist, daß ein tüchtiger
Mannlieutenant auch einmal ein tüchtiger Landrat
sein könne. Mit dem Examen ist nicht Alles gewonnen;
es sind Fälle vorgekommen, daß Assessoren, die ihr
Examen summa cum laude bestanden haben und aus-
gerüstet mit der ganzen Intelligenz ihres Jahrhunderts
grün vom grünen Tische kommen, bei der ersten prac-
tischen Gelegenheit sich im Sumpfe befinden. (Hei-
terkeit). Man kann gelehrte Bücher schreiben und doch nur
ein lateinischer Landrat sein. (Beifall.)

§ 14 wird in der Fassung der Commission
und § 14 a. mit dem Antrage v. Bonin und dem
dazu gestellten Interantrage Windthorst (Wiesfeld) an-
genommen.

§ 17 wird nach einem Antrage Belian in folgen-
der Fassung angenommen: „Das Staatsministerium
wird die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen
Anordnungen, namentlich die näheren Bestimmungen
über die hinsichtlich des Universitätsstudiums zu stellen-
den Anforderungen, über die Verteilung der Beschäf-
tigungszeit bei den Verwaltungsbehörden, über die Zu-
sammenfassung der Commission für die zweite Prüfung
für den höheren Verwaltungsdienst und über die wie-
derholte Zulassung zu dieser Prüfung in einem Regu-
lativ festsetzen.“

Nächste Sitzung Sonnabend.

Danig, 20. Mai.

Die gestrige Sitzung des Abgeordneten
hauses erledigte in ihrer ersten Hälfte die Vorlage
wegen Ankaufs der Bahn Halle-Kassel und
wegen der Zinsgarantie für die Bahn Halle
Sorau-Guben. Die erstere wurde ohne weitere
Debatte angenommen, über die zweite dagegen
entpand sich abermals eine längere Discussion.
Der Abg. Berger nahm die Gelegenheit wahr,
sich gegen einige Bemerkungen des Handelsministers
aus der zweiten Lesung zu verteidigen. Dabei
gefiel es ihm, sich und seine Partei in etwas
exclusiver Weise als unabhängige Männer hinzu-
stellen, was dann den Abg. Richter veranlaßte
ihm begreiflich zu machen, daß auch Parteien,
welche nicht genau nach dem Herzen der Fortschritt-
partei und des Herrn Berger stimmen, doch un-
abhängig sein können. Wir hoben einmal hervor,
wie die drei größeren Berliner Blätter mit conser-
vativer Hautfarbe, „Kreuzzeitung“, „Norddeutsche“
und „Post“, jedesmal kurz vor dem Quartals-
wechsel über einander herfallen, um sich gegenseitig
zu verdächtigen, wie jede sich selbst als die unfehlbare
alleinige Vertreterin des echten conservativen Gedan-
kens hinstellen sucht, kurzum wie sie sich einander
die Absonneren abzusaugen suchen. Ein ähnliches
Spiel, das wahrscheinlich den „Reihern“ des
Berliner Mühlendammes nachgebildet ist, schein-
te die Fortschrittspartei gegenüber der ver-
wandten liberalen Fraktion vor den Neuwahlen
ausführen zu wollen. Die Waare des Nachbarn
wird in die Gasse gerissen, die eigene über den
Schnee gepriesen. Wir allein — heißt es — haben
nur den echten und unversälfchten Liberalismus
zu verkaufen, wir allein sind Charaktere und unabhän-
gige Männer. Mehrere der Capacitäten, welche
die Fortschrittspartei unzweifelhaft besitzt, würden
ihre Thätigkeit bei weitem fruchtbarer machen, sich
selbst und ihrer Fraktion einen größeren Einfluß
sichern, wenn sie sich über die Schranken des
Fraktions-Particularismus erheben könnten. Die
Schwarzfäher der Fraktion erblickten schon die
Reaction in vollem Anzuge, der Schiffbruch ist
ihnen unzweifelhaft zu denken aber nicht an die
Rettung der Sache, welche ihnen anvertraut ist, sie
denken nur, bei dem Schiffbruch möglichst viel
Strandgut von dem Eigenthum des Nachbarn in
das Winkelchen zu schleppen, in welches sie sich zu
retten gedenken. Und gerade wegen dieses selbst-
süchtigen Beginns werden die nöthigen Arbeiten
welche den Schiffbruch unmöglich machen, verab-
säumt, und was man bis jetzt wohl zu voreilig
fürchtet, kann durch solche Kurzsichtigkeit erst herauf-
beschworen werden. — Der ultramontane Abg.
Röderath ist ein vielseitiger Mann. Bis zum
Jahre 1869 Gymnasiallehrer, widmet er sich seit
dieser Zeit in seiner Vaterstadt Köln, in die er sich
damals im Alter von 32 Jahren als Rentier zurück-
zog, theils wissenschaftlicher, theils „industrieller“
Beschäftigung. Sein größtes Werk handelt über
biblische Chronologie. Dabei ist er der Fachmann
und Schwarzmalter des Centrums in Eisenbahn-
und Gründungsangelegenheiten. So erzählte er
auch gestern, daß durch die Vorlage über die Halle-
Sorau-Gubener Bahn auf Kosten der Steuerzahler
und zu Gunsten gewisser Bankhäuser reichen
Prioritätsbesitzern aufgehoben werden solle. Diesen
Insinuationen trat nun der Finanzminister Cam-
phausen in einer Rede entgegen, welche durch ihre
Offenheit und ihre überzeugungsvolle Energie den
besten Eindruck machte. Der Minister wies nach,
daß von den ersten beiden Serien von Prioritäts-
obligationen im Betrage von zusammen 4 790 000
Thln. auch nicht ein einziges Stück im Besitze
des Consortiums verblieben, sondern daß die ganze
Summe in die Hände von kleinen Capitalisten
übergegangen sei. Auch von der im Jahre 1873
ausgegebenen Emission Lit. B. im Betrage von
2 220 000 Thln. sei, außer den im Januar 1874
auf den Provinzialobligationsfonds übergegangenen
134 000 Thln., Alles an der Börse verkauft und es
befänden sich daher auch diese Prioritäten längst
im Besitze des Publikums. Es kann also von einer
Ausflucht für die ursprünglichen Prioritätsbesitzer
nicht die Rede sein. Außerdem machte der Minister
noch die interessante Mittheilung, daß das Confor-
tium die Prioritäten Lit. B. selbst zu dem Course
von 97 gekauft hat. Der Redner motivirte nun
des Näheren die Vorlage, wies nach, weshalb ein
Ankauf der Bahn zur Zeit weder thümlich noch für
den Staat besonders vorthellhaft wäre, führte aber
den eminenten Vortheil aus, der dem Staate aus
der Annahme der Vorlage erwachsen werde. Der
Abg. Schroder-Lippstadt versuchte hierauf das
Haus weniger durch sachliche Gründe, als durch
burleske Scherze und Ausfälle gegen die National-
liberalen, die nachher vom Abg. Wehrenpfennig
entschieden zurückgewiesen wurden, gegen die Vor-
lage zu interessiren. Die letztere wurde indeß, wie
in der zweiten Lesung, mit beträchtlicher Majorität
angenommen.

Die nun folgende Berathung der Vorlage
über die Befähigung zum höheren Verwal-
tungsdienst führte zu einem langen Kampfe um
die Frage, ob das Gesetz sich auch auf die Lan-
dräthe erstrecken solle. Die Regierung ist dagegen,
die Commission dafür, doch macht die letztere das
Zugeständniß, daß auch Personen, welche die zweite
juristische Prüfung abgelegt haben, zum Landrat

ernannt werden können. Das schließliche Resultat
war die Annahme der etwas amendirten Com-
missionsvorschlüge.

Im Herrenhause discutirte man über aller-
lei kleinere Sachen, der interessanteste Gegenstand
betraf die Domänen-Parzellirungen. Die
früher besprochenen Anträge des Grafen Schulen-
burg-Beekendorff wurden abgelehnt; es blieb nur
das Verlangen übrig, bei den Parzellirungen möge
die Regierung die Bedingungen so stellen, daß der
Zweck, die Gründung kleinerer Haushaltungsstellen,
auch wirklich erreicht werde.

Innerhalb der preussischen Ministerien wird
jetzt über eine Revision des Reichsgesetzes
über den Unterstützungswohnsitz verhandelt.
Man schreibt uns, daß dabei von einer
Abweichung von den Grundsätzen jenes Gesetzes
oder von einer Rückbildung im Sinne einer Be-
schränkung der Zugfreiheit oder einer Schwächung
der öffentlichen Pflicht zur Hilfsleistung gegen-
über dem Bedürftigen auch nicht im allerentfernt-
sten die Rede ist. Im Gegenheil, es handelt
sich lediglich darum, vereinzelte Detail-Bestimmun-
gen, welche die Erfahrung als fehlergriffen erwiesen
hat, in einem Sinne zu amendiren, welcher mehr
dem Freizügigkeitsgedanken der früheren
preussischen Gesetzgebung, als dem in dem
übrigen Deutschland früher geltend gewesenem
System der Heimathsrechte entspricht. In dieser
Richtung bewegt sich die Frage nach der Dauer
desjenigen Zeitraums, innerhalb dessen der Unter-
stützungswohnsitz erworben wird. Während die
frühere preussische Gesetzgebung hierfür unter ge-
wissen Bedingungen nur ein Jahr forderte,
mußte von den preussischen Anhängern der Frei-
zügigkeit — wie die Protokolle der Verhand-
lungen der Gewerbeordnungs-Commission darthun
— den Anhängern der Heimathsrechtssysteme die
Concession einer zweijährigen Frist ge-
macht werden. Eine Verlängerung dieses Zeit-
raumes würde die Consequenz der Freizügigkeit
bestimmter ziehen. In derselben Richtung bewegt
sich eine schärfere Präcisirung der Voraussetzungen,
unter denen die Armenlast zwischen Land- und
Orts-Armenverbänden distribuir und die Dienst-
herrschaft beziehentlich die Gemeinde des Dienst-
ortes herangezogen wird. Endlich ist eine un-
erläßliche Folge der Abänderung des Groß-
jährigkeits-Termins durch Reichsgesetz eine
Uebertragung dieses Termins auf das Gesetz über
den Unterstützungswohnsitz. In dieser und obiger
Hinsicht sagte der Abg. Lasker in der Sitzung
des Reichstages vom 9. December 1874 u. A.:
„Wenn wir die Großjährigkeit durch Reichsgesetz
regeln, so ist es natürlich, daß wir auch über die
Frage verhandeln, ob nicht die Grenze des
Unterstützungswohnsitzes abgeändert werden müsse.
Denn ich glaube, das 24. Lebensjahr ist nicht
zufällig gegriffen, sondern weil beim Erlaß des
Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz in den
meisten deutschen Staaten das 24. Lebensjahr
das Großjährigkeitsjahr war“. . . . In derselben
Rede sagte der genannte Abgeordnete, „es sei wirth-
schaftlich keine gute Beigabe gewesen, daß statt des
einjährigen Zeitraums, welcher für den Wechsel
des Unterstützungswohnsitzes in Preußen früher
maßgebend war, man sich entschließen mußte, aus
wirtschaftlichen Vorurtheilen in den kleinen Staa-
ten 2 Jahre aufzunehmen. Die Abgeordneten aus
den kleinen Staaten wollten 3 Jahre haben, und
wir mußten die Mitte nehmen. Hoffentlich gesteht
man jetzt zu, daß Preußen damals weiter vorge-
schritten war und sich zu einem Rückschritt hat be-
quemen müssen, um zu einem reichseinheitlichen
Gesetze zu kommen“. Lasker betonte, er würde,
wenn Bestrebungen auf Abkürzung dieses Zeitrau-
mes sich geltend machten, diese gern unterstützen.
In dieser Richtung bewegen sich denn auch, wie
man uns berichtet, die Erwägungen, welche der
beabsichtigten Revision des Gesetzes über den Un-
terstützungswohnsitz zu Grunde liegen.

Deutschland.

△ Berlin, 19. Mai. Das Kgl. Staats-
ministerium trat heute Nachmittag 2 1/2 Uhr im
Conferenzzimmer des Abgeordnetenhauses zu einer
mehrständigen Berathung zusammen, welche
unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Fürsten
Bismarck stattfand. Diese Sitzung ist, wie wir
hören, theilweise noch der formellen Erledigung
jener Frage gewidmet gewesen, über welche materiell
bereits ein Ausgleich stattgefunden hatte, wir
meinen die Ernennung des neuen Reichskanzleramts-
Präsidenten Hofmann und des Staatssecretärs der
auswärtigen Angelegenheiten v. Bülow zu Mit-
gliedern des preussischen Staatsministeriums. Die
Anschauung des Reichskanzlers ist auch bei seinen
Collegen im preussischen Ministerium durchge-
drungen, während auf der andern Seite wohl
völlig klar gestellt ist, daß eine Aenderung unserer
wirtschaftlichen und überhaupt unserer inneren
Politik, sowie ein anderes Verhältniß zu den
Parteien seitens des Kanzlers in keiner Weise be-
absichtigt wird. — Die Verhandlungen der Budget-
commission über die Ruhmeshalle werden sicher
nicht vor Dienstag beginnen. Der Grund dieses
Aufschubes liegt u. A. darin, daß der Kriegsminister
augenblicklich verreist ist, die Commission aber den
Wunsch hegt, die Angelegenheit in seiner Gegen-
wart zu beraten. — Die Arbeiten der Concur-
sordnungs-Commission nehmen einen raschen
Fortgang. Es ist in großen prinzipiellen Fragen
keine Meinungsverschiedenheit zwischen der Com-
mission und der Regierung. Die Berathungen
werden etwa eine Woche in Anspruch nehmen, und
man zweifelt nicht, daß es im Reichstage zu einer
en bloc-Annahme des Gesetzes kommen werde. Die
ursprünglichen Befürworter, daß der Abg. Dr. Gold-
schmid in Folge seiner Kränklichkeit den Com-
missionsarbeiten entzogen werden würde, für deren
Fortgang seine Theilnahme so wichtig war, haben
sich nicht bestätigt, da Herr Dr. Goldschmid durch
einen längeren Aufenthalt in Ober-Italien wieder
gekräftigt ist.

* Contreadmiral Batsch wird, wie die „Post“
hört, am 21. Berlin verlassen, um sich nach Wil-
helmshaven zu begeben. Am 22. übernimmt er
den Oberbefehl über das Panzergeschwader und
inspicirt es an diesem Tage. Die Abfahrt des
Geschwaders ist auf den folgenden Tag (23.) fest-
gesetzt. — Wie man demselben Blatt mittheilt, ist
Sr. M. Schiff „Elsabeth“ vorläufig nur zur
Ueberführung von Danzig nach Kiel in Dienst ge-

stellt, während St. M. Schiff „Gazelle“ zur Reparatur von Riel nach Danzig gehen soll.

Die Stadtverordneten haben gestern den Antrag des Magistrats, die Verammlung solle sich im Prinzip damit einverstanden erklären, daß die städtischen Behörden zur Freilegung der Schloßfreiheit durch Oeffnung eines namhaften Beitrages die Initiative ergreifen, abgelehnt, dagegen folgenden Antrag angenommen: die Bereitwilligkeit zur Gewährung eines solchen Beitrages zu erklären, den Beschluß über die Höhe desselben aber so lange aussetzen, bis ein vollständiger Plan zur Umgestaltung der Schloßfreiheit vorliegt.

In Zukunft werden die preussischen Rekruten aus Hohenzollern nicht mehr nach unterhiesigen Garnisonen zu ihrer militärischen Ausbildung geschickt werden, sondern in benachbarten badiischen Städten, wie Freiburg und Rastatt, ihrer Dienstpflicht genügen.

Aus Spandau wird gemeldet, daß baselbst ein Unteroffizier des dortigen Garde-Fuß-Artillerie-Bataillons zur Unternehmung gezogen worden ist, der seit längerer Zeit die Versammlungen der Socialdemokraten in Civilkleidern besucht haben und in denselben wiederholt als Nebenbuhler auftreten soll. Auch heißt es, daß in dem Quartier des Verhafteten verschiedene interessante Papiere versteckt aufgefunden worden seien, welche die Parteiführer bei einer Militärperson vor der Entbindung durch die Polizei sicherer als bei sich selbst aufgehoben vermeinten.

Stettin, 19. Mai. Wie die „N. St. Ztg.“ hört, wird eine vom Pastor Meinhold am Vortage in Cammin gehaltene Predigt Gegenstand weiterer amtlicher Untersuchung werden. Zuerst soll die Predigt selbst ihrem Inhalte nach eingesehen oder durch Zeugen in ihren Kraftausdrücken festgestellt werden. Für die Böglinge des Camminer Schullehrer-Seminars scheint der Genuß Meinhold'scher Reden nach dem Muster der Vortagspredigt wenig geeignet zu sein.

Magdeburg, 19. Mai. Das hiesige Appellationsgericht hat in dem Sudenburger Granderprozeß gegen Julius und Simon Levy, Meyer, Heniges, Sommerguth und Plauth wegen Betrugs auf je 6 Monate Gefängnis und je 3000 Mk. Geldstrafe event. weitere 200 Tage Gefängnis, gegen Klusmann wegen Theilnahme am Betrugs auf 3 Monate Gefängnis und 1500 Mk. Geldstrafe, event. 100 Tage Gefängnis, gegen Julius Levy, Meyer, Heniges und Klusmann wegen Aufstellung einer falschen Bilanz auf je 1500 Mk. Geldstrafe event. 50 Tage Gefängnis erkannt.

München, 19. Mai. In der heutigen Sitzung der Abgeordneten-Kammer berichtete der Abg. Stobaues über die Wahl in Eckenföben und empfahl den Antrag der Abtheilung auf Gültigkeitserklärung der Wahl. Der Antrag wurde ohne Discussion angenommen. Hierauf referirte der Abg. Häuser über die Wahlen in Radeln und erklärte, daß keine Gesetzwidrigkeit, sondern nur ein Versehen bei denselben vorliege, er befürworte daher den Abtheilungsantrag, die Wahlen für gültig zu erklären. Der Abg. Schels behauptete dem gegenüber, daß der Artikel 10 direct verletzt sei; er wolle jedoch dem Antrag der Abtheilung, die Wahlen für gültig zu erklären, nicht entgegenstehen. Nachdem noch der Ministerialcommissär Niebel den Abtheilungsantrag empfohlen hatte, wurde derselbe angenommen. (W. Z.)

Oesterreich-Ungarn.
Wien, 19. Mai. Die Regierung hat den Kaufvertrag über die Braunau-Strassenbahn der Bahn unter Vorbehalt der Genehmigung des k. k. Reichsraths abgeschlossen. Der Kaufpreis beträgt eine Million in fünfprocentigen garantirten Prioritäten oder, nach Wahl der Regierung, 850 000 fl. baar.

Pest, 19. Mai. Der Budgetausschuß der österreichischen Delegation hat den Ordinarium und Extraordinarium des Marinebudgets mit alleiniger Ausnahme der für das Kasemattschiff „Drache“ eingestellten Post, welche gestrichen wurde, angenommen. (W. Z.)

Frankreich.

Paris, 17. Mai. Das Amtsblatt bringt die Ernennung des Deputirten Jaze zum Nachfolger de Marcère's. Der neue Unterstaatssecretär hatte heute Morgen eine längere Audienz bei Mac Mahon. — Allen Anschein denkt man an eine baldige Wiederbesetzung des durch Ricard's Tode im Senate erledigten Stuhles. Vor der gestrigen Versammlung wurde vielfach über die Aufstellung der Candidaten gestritten. Die Mehrzahl der gemäßigten Republikaner scheint sich der Wahl des Deputirten Lenol günstig zu zeigen, während sich die Intransigenten für den von der „Rep. fr.“ und dem „Stapell“ aufgestellten Admiral Jauréguiberry aussprechen. Eine Einigung zwischen den Republikanern dürfte sich jedoch unschwer herbeiführen lassen, da Lenol auch bei den Ultra's wegen seiner hervorragenden Fähigkeiten und seiner unzweifelhaft demokratischen Gesinnung in gutem Ansehen steht. Die Rechte verhielten sich, für den vacanten Sitz Challemel-Lacour und Ferd. von Lesseps zu gewinnen. Letzterer ist aber dem Wunsche seiner Angehörigen gemäß zurückgetreten, welche in dem Umstande, daß die beiden Inhaber des fraglichen Mandats in so kurzer Zeit verstorben sind, einen Fingerzeig haben erblicken wollen. — Nigra wird in den ersten Tagen des Juni Paris verlassen und sich zunächst zum russischen Kanzler Gortschakoff nach Ems begeben. Ueber den neuen Gesandten Italiens in Paris verlautet noch nichts Bestimmtes. In den politischen Kreisen glaubt man an die Ernennung des Generals Giardini, die jedoch von anderer Seite auf vielfache Schwierigkeiten zu stoßen scheint.

Versailles, 18. Mai. Deputirtenkammer. Im weiteren Fortgang der Berathung über die Amnestievorlage ergriß der Conseilspräsident Dufaure das Wort. Er beschuldigte die Radicals, die Commune rehabilitirt zu haben, trat für die Nationalversammlung und für den früheren Präsidenten Thiers ein, die Frankreich gerettet hätten, und erklärte sich gegen die Bewilligung jeder Amnestie. Er fordere das als einen Beweis des Vertrauens, den die Kammer ihm gebe. Versage die Kammer ihm diesen Vertrauensbeweis, dann werde es nöthig sein, nach anderen Ministern sich umzusetzen. Die Regierung werde nur solche begnadigen, die Neue zu erkennen gäben. Nach Dufaure's sehr beifällig aufgenommenen Rede wurde der Antrag des Radicals Marcou, nach welchem wegen aller

gemeinrechtlichen Verbrechen, die sich auf den Aufstand von 1871 beziehen, Amnestie eintreten sollte, gleichfalls abgelehnt. Die Berathung der übrigen zu der Vorlage gestellten Amendements erfolgt morgen. (W. Z.)

Italien.

Rom, 18. Mai. Garibaldi hat eine die Niederlegung seines Deputirtenmandats betreffende Erklärung wieder zurückgenommen. (W. Z.)

Neapel, 18. Mai. Die Panzerschiffe „Ancona“, „Castelfidardo“ und „Conte Verde“ sind von hier nach Tarent abgegangen. (W. Z.)

England.

London, 18. Mai. Unterhaus. Auf eine bezügliche Anfrage Samuelson's erwiderte der Kanzler der Schatzkammer, Northcote, durch die Conventurung der ägyptischen Schuld würden die Interessen des Suezcanal-Unternehmens nicht berührt. Eine Veröffentlichung der vom Rheiwe erlassenen Decrete sei nicht beantragt worden, die Veröffentlichung und der Erlaß der Decrete beruhe lediglich auf der eigenen Entscheidung der ägyptischen Regierung. Auf eine von dem Deputirten Hanbury gestellte Anfrage erklärte der erste Lord der Admiralität, Ward Hunt, das Panzerschiff „Swiftsure“ befände sich bereits in Salonichi, das Mittelmeergerüst habe Befehl erhalten, zusammen mit dem Thurmsschiff „Devastation“ abzugehen, ein Kanonenboot beuge sich nach Konstantinopel. Im weiteren Verlaufe der Sitzung brachte der Deputirte Sandon einen Gesetzentwurf über den Elementarunterricht ein, durch den das Gesetz vom Jahre 1870 aufrecht erhalten und die Arbeit der Kinder in Fabriken u. bis zum 10. Lebensjahre verboten wird. Derselbe soll nur Kindern zwischen 10 und 14 Jahren gestattet werden, sobald sie im Besitze von Zeugnissen sind, daß sie jährlich 250 Tage die Schule besuchen. Das Gesetz soll nach und nach in Kraft treten und in seinem ganzen Umfang im Jahre 1881 zur Anwendung gebracht werden. Das Haus beschloß die erste Lesung des Gesetzentwurfes vorzunehmen. (W. Z.)

Rußland.

Petersburg, 15. Mai. Einige Tage vor der Abreise des Kaisers nach Deutschland fand im Winterpalast die von Seiten des Ministers der Communicationen veranstaltete Vorlage sämtlicher Pläne der in den Jahren 1873, 1874 und 1875 von der Regierung aufgestellten Eisenbahnprojecte statt. Man kann sich einen Begriff von der außerordentlichen Ausdehnung der der näheren oder ferneren Zukunft überlassenen Eisenbahnbauten machen, wenn man dem officiellen Bericht entnimmt, daß — allerdings einschließend der Varianten für einige Linien — die Gesamtlänge der projectirten Bahnen nahezu 13 000 Kilometer beträgt. — Auch die Wasserbauprojecte wurden dem Kaiser vorgelegt. Das meiste allgemeine Interesse verdient das Project einer Verbindung des Omega-Sees (indirect also auch der Nema) mit dem weißen Meere. Hafenbauprojecte lagen vor für Riga, Libau, Dvessa und Jalta. Was die Wasservermehrungen bei den Binnenengewässern betrifft, so sollten dieselben auf zusammen 7537 Werst ausgeführt werden. Hiervon war im vorigen Jahre die Arbeit für 10,30 Werst vollführt worden. (Schl. Z.)

Wie bereits mitgetheilt, ist an die Angeklagten in der Moskauer Commerzleihenbankangelegenheit die gerichtliche Citation zum 10. Juni bereits ergangen. Ueber die Dimensionen dieses Prozeßes kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man erwägt, daß die 21 Angeklagten von 24 Rechtsanwälten verteidigt werden; als Zeugen ruft die Staatsanwaltschaft 104, die Angeklagten etwa 50 Personen auf; es werden außerdem von Seiten der letzteren als des Gerichts Experten zugezogen, die ihr Gutachten über verschiedene die fragliche Angelegenheit betreffenden finanziellen Punkte abgeben sollen. Und dazu die Voluminosität der Anklageacte, die aus vier starken Bänden enggedruckter Schrift besteht! Für die Dauer der Gerichtsverhandlungen sind fünf bis sechs Wochen in Aussicht genommen, doch dürfte dieser Zeitraum zur Erledigung des Monstreprozeßes sich genügend erweisen.

Griechenland.

Athen, 18. Mai. Nach aus Creta eingegangenen Nachrichten hat eine dort stattgehabte Volksversammlung den Beschluß gefaßt und dem Gouverneur angezeigt, daß auf der endlichen Ausführung der von Ali Pascha zugesicherten Reformen bestanden werden müsse.

Danzig, 20. Mai.

* Das Project wegen Verbreiterung unserer Hohenbrücke soll nunmehr von den höchsten Militärbehörden in Berlin genehmigt sein. Dasselbe kommt allerdings dem herrschenden Bedürfnisse nur theilweise entgegen, indem nur an der linken Seite des Hohenbors ein neuer Uebergang geschaffen wird. Es soll dort bei dem Gassenbau „zur Stadt Marienburg“ der Wall durchstoßen und neben der alten Brücke noch eine neue breite Fahrbrücke errichtet werden. Die Bauarbeiten werden beginnen, sobald die erforderlichen Geldmittel für die hiesige Fortification angewiesen sind. (W. Z. b. 3.)

* Der evangelische Oberkirchenrath hat folgende höchst wichtige Entscheidung getroffen, nämlich, daß die Anwendung des „jungfräulichen Ehren-Prädicats“ bei der kirchlichen Trauung durch die Verordnung vom 21. Sept. v. J. nicht geboten ist, weil dies nach Verlegung der Trauung hinter den rechtlichen Beginn der Ehe nicht angängig war. Ebenso wenig jedoch sei dieselbe untersagt. Wenn daher die Interessenten die Anwendung des jungfräulichen Prädicats für den Trauungsact begehren und nicht etwa die Gemeinamkeit des ehelichen Hausstandes schon begangen sei, werde der die Trauung vollziehende Geistliche unverbunden sein, dem an ihn gestellten Verlangen zu willfahren.

Die Bestimmung des Allg. Landrechts (§ 369, Tit. 5, Abl. 1), wonach der Berechtigte eine andere Erfüllungsort zu wählen befugt ist, wenn die in dem Vertrage bestimmte Art der Erfüllung unmöglich und diese Unmöglichkeit durch die Schuld des Verpflichteten entstanden ist, findet auch auf Altentheilsverträge Anwendung. Besteht ein Altentheilsvertrag zwischen Eltern und Kindern (s. B. Sohn und Schwiegertochter, die in Gütergemeinschaft leben), so ist eine lieblofe Behandlung seitens der letzteren ausreichend, um für den, bez. die Altstheile das Zusammenleben in einer Beziehung für moralisch unmöglich zu erachten und dieselben zu berechtigen, eine andere Wohnung auf Kosten der Kinder zu beziehen und dahin die regelmäßige Lieferung der sonstigen Altentheilsleistungen zu verlangen, falls die Entfernung vom Hause der Kinder eine nicht allzugroße ist. Dieses Recht ist dem Altstheile schon gewährt, wenn die Schwiegertochter, ohne Beauftragung

ihres Mannes, die Schwiegereltern lieblof behandelt. (Erkenntnis des Ober-Tribunals vom 28. März d. J.)

* Die Firma A. B. Muscate in Danzig und Dirschau hat auf der fest stattgefundenen landwirthschaftlichen Ausstellung in Belgard für landwirthschaftliche Maschinen die silberne Medaille erhalten.

* Herr Prof. Böning ist durch die günstige Aufnahme, welche sein Baubüro im Schützenbause gefunden hat, veranlaßt worden, noch einige Vorstellungen zu geben. Die nächste findet morgen statt, und zugleich wird die Landenbach'sche Kapelle concertiren.

* Die Hafenstraße in Neufahrwasser vom Barg'schen Kohlenhofe ab bis zur Schulstraße ist für Reiter und Fuhrwerke bis auf Weiteres gesperrt.

** (Polizeibericht.) Arretirt wurde: die Wittwe P., weil sie ein jähriges Kind an sich gelockt und unter dem Vorgeben, sie wolle die Dhringe festmachen, ihm beide Dhringe fortgenommen hat. — Gestohlen: der unverschämte P. aus der Küche 1 Brodche und 1 kleiner Ring mit rothem und weißem Stein; der Wittwe K. am 15. d. M. aus ihrer Wohnung ein schwarz geprenkelter Herrenrock und eine blaue Tuchhose. — Gestern Mittag wurde der zum Essen gehende Werftarbeiter W. aus Ems ohne jede Veranlassung hinter dem Lazareth von seinen beiden Mitarbeitern Pa. und Be. mit der Hand und einer Blechflasche auf den Kopf geschlagen. W. erhielt dadurch eine so erhebliche Stirnwunde, daß seine Aufnahme ins Lazareth hat erfolgen müssen.

+ Marienburg, 15. Mai. Vor 14 Jahren wurde hier der Versuch gemacht, einen Consumverein ins Leben zu rufen, der sich jedoch zerlegte. Es soll nun von Neuem der Versuch gemacht werden, einen solchen Verein zu gründen. — Die Saaten stehen auch in unserem Kreise nicht schön und geben zu mancherlei Bedenken Veranlassung; die Roggen- und Weizenfelder sehen recht kümmerlich aus, während die Delfrüchte in der Entwicklung offenbar zurückgeblieben sind. Mit den Sommerfrüchten scheint es einigermaßen vorwärts gehen zu wollen. Dabei bleibt die Witterung nach wie vor wahrhaft trostlos, hatten wir doch am heutigen Vormittage während der Dauer von 10 bis 15 Minuten einen bemerkenswerthen Schneefall, und wehte während des Tages ein rauher Wind durch die Straßen, der eher an den November, als an den jetzigen Bonnemond erinnerte. Dieses bösen Wetters wegen war wohl auch der heutige Remontemarkt nur wenig besucht. Die Commission, an deren Spitze Rittmeister v. Arnim steht, wählte nichtsdestoweniger viel unter den vorgeführten Thieren, von denen sie — was wir indeß nur gerüchweise erfahren haben — 7 gekauft haben soll. Es wäre im bedauerlichen Interesse wünschenswerth, daß die Abhaltung dieser Märkte durch Inzucht in den betreffenden Local- bzw. Provinzialblättern mehr zur Kenntniß des Publicums durch die Militärbehörde gebracht werden möchte.

Insterburg, 19. Mai. Der Redacteur der „Ermländischen Zeitung“, Dombar Wobl, war in 1. Instanz wegen Aufreizung zum Ungehorsam gegen die Geseze zu 4 Monaten Gefängnis verurtheilt. Dies Vergehen sollte er dadurch begangen haben, daß er in die genannte Zeitung eine Inhaltsangabe des päpstlichen Rundschreibens vom 5. Februar v. J. an die preussischen Bischöfe aufgenommen. Das Tribunal in Königsberg erkannte dann als 2. Instanz auf Freisprechung, weil dem Angeklagten die Absicht der Aufreizung nicht nachgewiesen sei. Dies Urtheil wurde darauf vom Ober-Tribunal vernichtet und die Sache zur weiteren Entscheidung dem hiesigen Appell-Gericht überwiesen. Das Ober-Tribunal erkannte in der Entscheidung, daß der Mangel des Dolus nicht zu den „besonderen Umständen“ gehören, welche nach § 20 des Reichspreßgesetzes die Annahme der Thäterhaft des verantwortlichen Redacteurs ausschließen. Der Criminalsenat des hiesigen Appell-Gerichts erkannte nun gestern auf Bestätigung des Urtheils 1. Instanz.

Der Preuß. Fortverein hält seine fünfte Versammlung in diesem Jahre, und zwar in der Zeit vom 19. — 21. Juni, in unserer Stadt ab. Am ersten Tage findet eine Besprechung fortwirthschaftlicher Fragen statt, der zweite und dritte Tag sind zu Ausflügen nach Brödlau resp. Trafehnen bestimmt; außerdem wird noch ein „Waldfest“ in unserm Stadtwalde gefeiert werden.

Vermischtes.

Berlin, 18. Mai. Die vom Carl Stangen'schen Reisebureau Berlin, Markgrafenstraße 43, arrangirte Gesellschaftsreise nach Paris ist heute unter zahlreicher Theilnehmung angetreten worden. Die Theilnehmer der 28. Stangen'schen Orientreise, sowie die der 23. Gesellschaftsreise nach Italien sind sämtlich wohlbehalten zurückgekehrt. Am 27. Mai geht die zweite Stangen'sche Expedition nach Nordamerika in See. Zur letzteren sind über 20 Personen und zwar größten Theils für die ganze Tour bis San Francisco und zurück eingeschrieben. Das genannte Reisebureau wird im Juli eine Extrafahrt nach der Schweiz, und im Herbst noch verschiedene Reisen nach London, Paris, Italien und ebenso die erste Reise nach Spanien veranstalten.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 20. Mai.
Weizen loco ermattend, 7er Tonne von 2000 A feingelagert u. weiß 130-135A 218-230 A Br. hochbunt . . . 128-132A 215-220 A Br. hellbunt . . . 125-131A 212-220 A Br. 205-225 bunt . . . 124-128A 204-210 A Br. A bez. roth . . . 128-132A 202-204 A Br. ordinair . . . 113-125A 185-198 A Br.
Auf Lieferung 126A bunt 7er Mai und Juni 215 A bez., 213 A Br., 7er Juni-Juli 214 und 213 A bez., 213 A Br., 212 A Gd., 7er Juli-August 215 A bez., 214 A Br., 7er August-September 213-215 A bez., 7er September-October 215 A bez. u. Br.
Roggen loco theurer, 7er Tonne von 2000 A 154 u. 155 A 7er 120A bez.
Auf Lieferung 7er Mai und 7er Juni-Juli 153 A Gd.
Gerste loco 7er Tonne von 2000 A kleine 103A 145 A.
Petroleum loco 7er 100 A (Original-Tara) ab Neufahrwasser 13,50 A.
Auf Lieferung 7er Juni 13,50 A.
Steinbohlen 7er 3000 Kilogr. ab Neufahrwasser in Kabinabgaben, doppelt gestrichene Aufbohlen 46-54 A.
Schiffschiffen Maschinenbohlen 51-52 A.
Wechsel- und Fondsconje. London, 8 Tage, 20,40 Gd., do. 3 Mon. 20,335 Br. Paris, 8 Tage, 80,95 Br. 4 1/2 p. Preuß. Conf. Staats-Anleihe 104,15 Gd. 3 1/2 p. Preuß. Staats-Schuldcheine 93,85 Gd. 3 1/2 p. Westpreussische Pfandbriefe, ritterchaftlich 84,25 Gd., 4 p. do. 95,25 Gd., 4 1/2 p. do. 101,75 Br., 5 p. do. 106,00 Gd. 5 p. Danziger Hypotheken-Pfandbriefe 100,25 Br. 5 p. Pommerische Hypotheken-Pfandbriefe 100,50 Br. 5 p. Stettiner National-Hypotheken-Pfandbriefe 101,00 Br.
Das Vortheilheramt der Kaufmannschaft.

Danzig, den 20. Mai 1876.

Getreide-Börse. Wetter: schön und sonnig, auch wärmer, Wind: NW.
Weizen loco ist am heutigen Markte zwar fest zu gestrigen Preisen gehalten worden, doch waren Käufer dagegen sehr zurückhaltend theils des besseren Wetters wegen theils weil neue Verläufe im Auslande nicht gemacht wurden und sind nur äußerst mißsam 250 Tonnem zu verkaufen gewesen. Bezahlt ist für

Sommer- 130, 131A 205, 2 1/2 A. Hinterweizen ohne Gewicht 120A 193, 196 A, bunt 120A 210 A, hellfarbig 125, 127A 213 A, hellbunt 127, 129A 218, 220 A, fein hochbunt gelagert 132A 225 A, alt hellfarbig 129A 220 A 7er Tonne. Termine weichend. Mai 215 A bez., 213 A Gd., Juni-Juli 214, 213, 212 A bez., 212 A Br., Juli-August 218, 215 A bez. und Br., August-September 218, 215 A bez., September-October 215 A bez. und Br., Regulirungspreis 212 A.

Roggen loco theurer, 200 Tonnem wurden in polnischer Waare 122A 156, 157 A, 124A 158 A 7er Tonne gekauft. Termine ohne Angebot, Mai-Juni und Juni-Juli 153 A Gd. Regulirungspreis 153 A. — Gerste loco kleine 103A 145 A 7er Tonne bezahlt. — Spiritus ohne Zufuhr.

Danzig, den 19. Mai 1876.

Z [Wochenbericht.] Zu Anfang der Woche hatte es den Anschein, als wenn endlich ein der Jahreszeit angemessener Wechsel der Witterung eintreten würde und hatten wir am Mittwoch einen sehr schönen Vormittag; Nachmittag setzte der Wind um, und ist es nachdem rauher und fester geworden, in der letzten Nacht hatten wir sogar Frost und Schneetreiben. — Wie bei uns, hat auch im Auslande dieses abnorme Wetter zu ernstern Besorgnissen für die Ernte Veranlassung gegeben, und ist auf die Getreide-Märkte von Einfluß gewesen. Belgien und auch Deutschland bleiben Abnehmer für Weizen, und auch England, das sich seit langer Zeit ganz theilnahmlos zeigte, scheint dem Artikel mehr Beachtung zu schenken, wenngleich es sich noch nicht entschließen kann, unsere heutigen Offerten zu acceptiren. — Die Zufuhren zu unserem Markte waren nicht bedeutend und entsprach das Angebot öfters nicht der regen Kaufkraft; ein größeres Geschäft wäre höher zu Stande gebracht worden, wenn die Auswahl größer gewesen wäre. — Inhaber suchten nach Möglichkeit Vortheil zu ziehen und hat bei einem Umlage von ca. 2300 Tonnem eine successfulle Preissteigerung von 6-7 A. per Tonne stattgefunden. — Bezahlt wurde: bunt 122/3A 207 A, hellfarbig 125, 127A 212, 215 A, hochbunt gelagert 129/3A 219 A, hellbunt 128, 131A 217, 221 A, alt gut bunt und hellfarbig 129, 133A 220 A, fein bunt 131/2A 220 A, hochbunt gelagert 131A 225 A. Regulirungspreis 126A bunt 207, 208, 210 A. Auf Lieferung 7er Mai 208 A bez., 7er Mai-Juni 208 A, 7er Juli-August 212, 213 A, 7er August-September 215 A, 7er September-October 212, 213 A bez., 214 A heute Mai, Mai-Juni, Juni-Juli 210 A Gd., ohne Angebot, September-October 218 A Brief, 215 A Gd.

Roggen fand hauptsächlich von Seiten der Consumtion, namentlich in inländischer Waare, rasche Aufnahme zu steigenden Preisen und sind ca. 370 Tonnem umgelegt und bezahlt, inländischer 120, 125/6A 153, 157 1/2 A, polnischer 123, 124A 154, 155 A. Regulirungspreis 120A lieferbar 146, 147, 149 A. Auf Lieferung 7er Mai 151 A, bez., 7er Juni-Juli 151 A Gd., kleine Gerste 104/5, 107A 142, 145 A, große Gerste 112A 163 A, Dotter 215 A, Hülsen 7er Sept.-Octbr. 290 A bez. Von Spiritus trafen während der Woche ca. 26 000 Liter ein, die zu 48,50 A 49,50 A per 100 Liter a 100% verkauft wurden. Auf Lieferung per Mai-Juni 50 A bezahlt.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Die heute fällige Berliner Börsen-Depesche war beim Schluß des Blattes noch nicht eingetroffen.

Hamburg, 19. Mai. [Productenmarkt.] Weizen loco höher, auf Termine steigend. — Roggen loco fest, auf Termine höher. — Weizen 7er Mai 126A 1000 Kilo 221 Br., 220 Gd., 7er Juli-August 126A 218 Br., 217 Gd. — Roggen 7er Mai 1000 Kilo 158 Br., 157 Gd., 7er Juli-August 157 Br., 156 Gd. — Hafer rubig. — Gerste fest. — Rüböl fester, loco 64, 7er Mai 64, 7er Octbr. 7er 206 A 64 1/2. — Spiritus fester, 7er 100 Liter 100 fl. 7er Mai 35 1/2, 7er Juni-Juli 36, 7er Juli-August 37, 7er September-October 38. — Kaffee fest, Umlage 3000 Cdt. — Petroleum fester, Standard white loco 12,00 Br., 11,90 Gd., 7er Mai 11,90 Gd., 7er August-Dezbr. 12,25 Gd. — Wetter: Schön.

Schiffsnachricht.

Das Rostocker Briggschiff „Eleonore v. Flotow“, Capt. Ahrens, ist nach 8tägiger Reise von hier in Sunderland glücklich angekommen. An Bord Alles wohl.

Schiffs-Listen.

Neufahrwasser, 20. Mai. (Schiff: MD.) Angekommene: Kronprin (MD), Mohr, Sunderland, Koblen. — Arcana, Rubarth, Dambö, Schiffsinventarien-Gegenstände. — Fortuna (SD), Peterlin, Kiel, leer. — A. Rodmann, Rähle, Schieds, Koblen. Gesegelt: Brämar (SD), Common, Antwerpen; Schwentine, Wieke, Kiel; beide mit Getreide. — Abjalon (SD), Lerche, Cronstadt, Gitter. — Lothair, Nicholson, Portjov, Knoch. Ankommend: 1 Schooner. Thörn. 19. Mai. Wasserstand: 6 Fuß 3 Zoll. Wind: N. Wetter: kalt, Vormittag Schneegestöber.

Stromauf:

Von Danzig nach Warschau: Radzinski, Dambö u. Jd., Robeisen, Darg. — Drowiewski, Rubel, Thon, Quarzsteine.

Von Danzig nach Thörn:

Hempel, Siwert, Kahlen.

Stromab:

Schirmer, Busse, Bulno, Grandenz, 1 Kahn, 1800 Lk. Steine. Hülscher, Busse, Bulno, Grandenz, 2 Kähne, 3300 Lk. Steine. Schneider, Busse, Bulno, Grandenz, 1 Kahn, 2500 Lk. Steine. Albrecht, Kleinmann, Wyszogrod, Danzig, 1 Kahn, 1766 Lk. Weizen. Junf, Schröder u. Co., Wloclawek, Danzig, 1 Kahn, 2441 Lk. 55 A Melasse. Schapirer, Berlmann, Soka, Danzig, 7 Trafsen, 2107 St. Balken b. S., 1178 St. Balken w. S., 1128 St. Eisenbahnschwellen, 681 St. Mauerlaten. Weder, Klein u. Silber, Christinapol, Danzig, 4 Trafsen, 450 St. Balken b. S., 1068 St. Balken w. S., 168 Schod Fashholz, 1700 St. Eisenbahnschwellen, 1000 Bohlen, 1600 Bretter. Krüger, Rosenblatt, Kriwol, Gliczen, 4 Trafsen, 1442 St. Balken b. S., 1129 St. Balken w. S. Bilgenroth, Müller, Dwezin, Schults, 4 Trafsen, 1200 St. Balken w. S. Karpf, Grlisch, Trzemcziz, Schults, 3 Trafsen, 1900 St. Mauerlaten. Kirschbaum, Laufer, Szimawa, Danzig, 4 Trafsen, 100 St. Balken b. S., 3300 St. Balken w. S., 6800 Lk. Weizen, 37 Schod Fashholz. Domeraei, Domeraei, Muchawiec, Danzig, 3 Trafsen, 1350 St. Balken w. S.

Meteorologische Beobachtungen.

Wind	Barometer Stand in Par. Linien	Thermometer im Freien.	Wind und Wetter.
19 4	341,79	+ 2,8	N., frisch, hell, wolfig.
20 8	340,41	+ 3,6	N., wäfig, hell.
12	339,75	+ 8,0	Nlich, flau, hell, bewölkt.

Schwarze Seidenstoffe in großer Auswahl,
Schwarze wollene u. halbwollene Stoffe,
als Cachemires, Batiste, Velours, Rippe, Alpaccas, Mohairs,
Mozambiques, Barèges
empfiehlt zu billigsten Preisen
August Momber.

Schwarze Tuche und Buckskins,
Schwarze Westenstoffe und Cravatten
in besonders guter Auswahl empfiehlt
August Momber.

Indem ich mir erlaube, die neu eingegangenen Qualitäten schwarzer
Patent-Sammete, die sich durch das neue, ächte **Brillant-Schwarz** auszeichnen, zu empfehlen, bemerke ich, daß ich sämtliche Bestände von Halb- und Patent-Sammeten älterer Färbung zu auffallend billigen Preisen zum **Ausverkauf** gestellt habe.
August Momber.

Freireligiöse Gemeinde.
Sonntag, den 21. Mai, Vorm. 10 Uhr,
Predigt: Dr. Prediger Richter.
Heute Abend 11½ Uhr wurde uns ein
Töchterchen geboren.
Danzig, den 19. Mai 1876.
Robert Koch und Frau.

Geschäfts-Eröffnung.
Einem hochgeehrten Publikum
Danzig's und Umgegend die ergebene
Anzeige, daß ich am Orte, Olivaer-
thor 10 u. Hinterm Stadthaus 17,
eine **Handels-Gärtnerei**
eröffnet habe, und soll es stets mein
ganzes Bestreben sein, das mich mit
seinen Aufträgen beehrte Publikum,
sowie die geehrten Besucher meiner
Gärtnerei auf's Vorzuziehendste
und Neueste zu bedienen.
Hochachtungsvoll
H. Neumann,
Handels-Gärtner.
2615)

Ein elegant sitzendes
Oberhemde
in neuester moderner Ausstattung
liefert in dauerhaftem Stoffe preis-
werth und unter Garantie
die **Wäsche-Fabrik**
von
Kraftmeier & Lehmkühl.
Kragen, Manschetten,
Cravatten
in reicher geschmackvoller Auswahl.

Marquisen-, Best-, Plan- und
Tapetierarbeiten empf. in jeder
Breite u. Gattung zu enorm billigen
Preisen **J. Kickbusch**
Firma **J. A. Potrykus,**
Glockenhof 143, Holzmarkt-Gde.

Kalk
frisch gebrannt und direct aus dem Ofen,
ab Kalkbrennerei Brösen, sowie ab Lager
Danzig offerirt
W. Wirthschaft,
Gr. Garbergasse 8.

Auf die vielfach an mich ergangenen An-
fragen in Betreff des von meinem Vor-
gänger seit einer langen Reihe von Jahren
angefertigten sehr beliebten
Waschwassers

(zur Verschönerung des Teints)
erlaube mir die ganz ergebene Mittheilung,
daß durch Uebergang der Eigenthümlichkeit in meine
Hände das Rezept mein Eigentum geworden
und das betreff. Wasser ic. nur allein von mir
zu beziehen ist.
Hermann Lietzau,
Apotheker zur Miltzadt,
1 Schwarzmarkt 1.

Der Milchfahrer Joseph
Ciskowski ist seit
heute aus mein. Dienste
entlassen.
Hochfried, den 19. Mai 1876.
Kumm.

Tapeten,
von den einfachsten bis zu den feinsten **Golddecorationen, Velours**
und **Holz**, empfiehlt in grösster Auswahl zu den billigsten Preisen
Otto Klewitz, vorm. Carl Heydemann,
Langgasse No. 53.
NB. Einige Partien noch vorjähriger **Tapeten** bedeutend unterm
Kostenpreise. (2614)

Teppiche jeden Genres
empfang in den neuesten Dessins und empfehle dieselben in grösster Auswahl
zu den billigsten Preisen.
Otto Klewitz, vorm. Carl Heydemann,
Langgasse No. 53.

Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus.
Sonntag, den 21. Mai 1876:
Salon Böning,
Grosses Concert
und
Fest-Vorstellung,
angeführt von der ganzen Capelle des Königl. Olym-
pien-Regts. No. 33, unter persönlicher Leitung des
Königl. Musikmeisters Herrn Landenbach und des
Professors der Music Herrn Böning.
Anfang des Concerts 6 Uhr, der Zaubervorstellung (mit vollständigem Orchester)
8 Uhr. Kassen-Eröffnung 4 Uhr. Ende 11 Uhr.
Zum Schluss: **Geister- und Gespenster-Erscheinungen.**
Billets für numerirte Plätze sind bei Herrn S. Matthies, Kettnerhagergasse
No. 1, von Morgens 8 Uhr bis Nachmittags 4 Uhr und Abends an der Kasse zu haben.
S. Landenbach, Königl. Musikdirector.
Geist Böning, Professor aus Dresden.

Montag, den 22. Mai cr.:
Sehr große Brillant-Vorstellung.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Das
Möbel-Magazin
von
Otto Jantzen
vorm. H. A. Paninski und Otto Jantzen,
Langenmarkt 2, im Jantzen'schen Hause,
empfiehlt in bester Arbeit
Sophas in kräftigsten Polstern mit Damastbezug 20—26 \mathcal{R} , geschweifte
Sopha's mit Rips 30 \mathcal{R} , desgl. in Plüsch 36 \mathcal{R} .
Speise- und Sopha-tische von 5, 9, 10, 12, 15 \mathcal{R} etc.
Waschspinde, 5, 7, 13, 15 \mathcal{R} etc., **Silberschränke** 20, 22, 25 \mathcal{R}
bis zu den feinsten.
Kleiderspinde 1 und 2 Thüren, 12, 13 u. 15 \mathcal{R} .
Stühle pr. ½ Dtzd. 9 u. 11 \mathcal{R} , Wiener Stühle pr. ½ Dtzd. 13—15 \mathcal{R} .
Büffets in nussbaum u. mahagoni v. 38 \mathcal{R} an bis zu den grössten Mustern.
Damen- u. Herren-Bureau 44—58 \mathcal{R} , sowie Damen- und Herren-
Schreibtische zu 21, 22, 23 \mathcal{R} etc.
Bettgestelle in birk, mahagoni und nussbaum, in kiefern polirt à Stück
complet 19 \mathcal{R} (incl. Federmatratze u. Koppolster).
Wasch-Tolletten à 2, 4, 7 und 9 \mathcal{R} , sowie feinere mit Marmor-Aufsatz,
Wasserspigel mit Marmor-Console in Gold oder polirt und gekehlten
Holzrahmen 30 \mathcal{R} , **Sopha-Spiegel** von 2 \mathcal{R} an.
Complete Speise- u. Schlafzimmereinrichtungen stets in jeder Holzart am Lager.

Caecilie Wahlberg,
17. Große Wollwebergasse 17,
Gde. Langgasse,
empfiehlt in großartiger Auswahl ihr Lager in fertigen Hüten, Hauben und
Coiffuren vom billigsten bis zum hochfeinsten Genre,
Ungarnirte Stroh-Hüte
für Damen, Mädchen und Knaben in allen möglichen Façons und zu
billigsten Preisen.
Eine große Partie **Morgenhauben**
von 1. 1.00 an.

Holz-Auction
auf dem **Weißhöfer Außendeich.**
Montag, den 22. Mai 1876, Vormittags 10 Uhr,
werde ich wegen Geschäftsausbeziehung der Handlung der Herren **E. Brandt &**
A. W. Dabke, auf dem Holzfelde daselbst, an den Meistbietenden verkaufen:
15000 Fuß 1 ½ zöllige fichtene Dielen,
10000 " 1 ½ zöllige fichtene Dielen,
2000 " 2 zöllige fichtene Bohlen,
3000 " 3 zöllige
300 " 7/8, 8, 9, 10/10 zöllige Mauerlatten,
2000 " 3, 2- und 1 ½ zöllige fichtene Schalbohlen,
1000 " 1 Stück eichene platte Schwellen,
1 Partie fichtene Mauerlatten-Enden,
1 " Kalken-Enden,
1 " Brack-Sleeper, e' nige Haufen Rundholzscharwen,
15 Haufen Balkenholz und einige Haufen Brennholz.
1 Brackbude mit Floß und 2 Bälle, enthaltend 495 Fuß lfd. ficht. Balken.
Ferner: sämtliche Utensilien als: 3 Präbme, 1 Handhahn, div. Sägen, Bretts-
schneider-Eisen, Ziehkägen, 1 Krahn mit Ketten, 1 gr. Schleifstein, 14 Stück Schragen,
4 Reulböde, 1 Partie Tauwerk und div. andere Geräte.
Außerdem zum Abbruch:
1. 1 Wohngebäude von Schurzweil, bestehend aus 2 Stuben, Küche, Hausflur
und Boden unter Pappdach, mit den dazu gehörigen Defen.
2. 1 Wohngebäude mit Bretterverkleidung und großem Stall.
3. 6 große hölzerne Geschirrkammern, wovon 2 zum Comtoir benutzt worden
sind, 1 großen Stall.
4. Ein 200 Fuß langer Stadelenzaun und 1 Ga:tenlaube, mehrere Obst-
bäume und Gesträuche.
Den Zahlungs-Termin werde ich den mir bekannten Käufern bei der Auction
anzeigen. Unbekannte zahlen sofort.
Joh. Jao. Wagner Sohn, Auctionator.
Bureau: **Gundegasse No. 111.**

Eine Pensionärin findet von sofort
freundliche Aufnahme Peterfiliegasse
No. 11, 3 Tr.

J. Jacobson,
Bier-Verlags-Geschäft
113 Langgarten 113,
empfiehlt:
Danziger Actien-Bier . . . 30 Fl. Amt. 3
Gräber, Königsberg, Cösliner 25 " " 3
Bodenbacher, Waldschloß . . 20 " " 3
Erlanger, Culmbacher . . . 15 " " 3
Englischer Porter von Bass &
Co, London, . . . 10 " " 3.
Bestellungen werden außer in der Haupt-
Niederlage, Langgarten No. 113, auch bei den
Herren **S. & Porta**, Conditor, Langen-
markt No. 8, **J. Jacobson**, Cigarrenhand-
lung, Langgasse 73, entgegengenommen.
Aufträge nach außerhalb von mindestens
50 Flaschen werden prompt effectuirt.

Wiener Café-Haus.
Von heute ab täglich
Riesentrefse.
Rob. Wentzel.
HUNDE-HALLE.
Ausfucht von
Cösliner
Böhmisch- Lagerbier.
Export-
Restaurant Kleophas,
Breitgasse 118,
empfiehlt ächt Nürnberger Bier aus den
Ludwigs- u. Stettin von hiesigem Bier-
Depot.
Mai-Bowle täglich frisch angestellt.

Zoppot.
Nach der vollendeten Renovation
und Einrichtung der neuen Baulich-
keiten des **Elisenhard'schen**
Etablissements
(Victoria-Hotel)
zeige ich den geehrten Herrschaften
die vorläufige Eröffnung desselben
hermit ergeben an.
Für geistige Localitäten, große
Glasveranda zum Schutz gegen
Wind, sowie Unterfahrt für Fuhr-
werke und Stallung ist bestens
geforat.
Achtungsvoll
W. Johannes.
2597)

Haase's
Concert-Halle,
42. Breitgasse No. 42.
Erstes Auftreten der berühmten Chanson-
nette-Gängerin Frau. Kathchen Waldau
vom Germania-Theater in Leipzig, sowie
Auftreten der so beliebten Soubrette Fel.
Olga Waischulat und meiner Damen-
capelle. Anfang 8 Uhr. Entree 30 \mathcal{R}
Freundliche Einladung von
S. Haase.

Bremer Rathskeller,
Langenmarkt 18.
Jeden Abend großes Concert und
Gesangsvorträge von der beliebten
Damen-Gesellschaft **Päckert** aus
Böhen. Da die Gesellschaft nur noch
kurze Zeit hier concertirt, so bitte ich um
geneigten Zuspruch.
H. F. Schultz.
2620)

Eine sehr gut erhaltener Wagners-
scher Flügel ist zu verkaufen
St. Albrecht 47.
2474)

Restaurant
Hotel de St. Petersburg.
Feinestes Nürnberger
Märzenbier
offert
Oscar Voigt.

Seebad Westerplatte.
Sonntag, den 21. Mai:
Nachmittags-Concert
vom Musik-Corps des 1. Leib-Fusar-
Regiments No. 1.
Anfang 4 Uhr. Entree 25 \mathcal{R} .
F. Kell.
2610)

Kaffeehaus
zum
freundschaftlichen Garten,
Montag, den 22. Mai cr.,
erstes großes
Abonnements-Concert,
angeführt von der Capelle des 3. Olym-
pien-Regiments No. 4, unter Leitung
des Musikdirectors Herrn Buchholz.
Anfang 5 Uhr. Entree für Nicht-
abonnenten 25 \mathcal{R} .
H. Relesmann.

Selonke's Theater.
Sonntag, den 21. Mai, Nachmittags
von 4—6 Uhr:
Großes Garten-Concert.
Von 6 Uhr ab Theater-Vorstellung
im Saal. — Erstes Debut der Frau
Mühlenberg vom Belle-Alliance-
Theater zu Berlin. — Gastspiel des
Hrn. und der Frau Rogendorf,
sowie Auftreten des gesammten neu
engagierten Künstler-Personals. U. A.:
Gustav Emil. Lustspiel. Ein großes
Mißverständnis. Schwan. Hermann
und Dorothea. Liebespiel.
Entree wird nur für die Vorstellung
im Saal erhoben, während das Garten-
Concert von 4—6 Uhr frei ist.
Verloren.
15 Mark Belohnung.
Eine goldene Damenuhr mit schwarzer
Kette ist Sonnabend Vormittag von der
Reitbahn bis zur Langgasse verloren.
Gegen 15 Mark Belohnung Gr. Woll-
webergasse 14 abzugeben.

Königsb. Pferde-Lotterie, Ziehung:
31. Mai 1876. Loose à 3 \mathcal{R} .
Stettiner Pferde-Lotterie (Ziehung den
29. Mai 1876) Loose à 3 \mathcal{R} .
Berliner Flora-Lotterie à 3 \mathcal{R} .
Johannesb. Bazar-Loose à 50 \mathcal{R} .
Schleswig-Holstein. Lotterie,
Kaufloose zur 5. Klasse (Ziehung
den 14. Juni 1876) à 9 \mathcal{R} bei
Theod. Bertling, Gebergasse
No. 2.
Verantwortlicher Redacteur: S. Richter.
Druck und Verlag von A. W. Kafemann
Danzig.
Diesen eine Beilage.

Deutsche Fonds.			Hypotheken-Pfandbr.			Ausländische Fonds.			Bank- u. Industrieactien.			Ausländische Prioritäts-Obligationen.			Berg- u. Hütten-Gesellsch.														
Conjunctiv-Anl. Pr. Staats-Anl.	44	104,50	II. u. III. Pr. 1875	5	100,20	do. Präm.-A. 1864	5	182,50	Westf.-Hamburg	176	10	† Stargard-Posen	101,20	4 1/2	do. do. B. Lübeck	5	59,50	Vic.-Command.	110,75	7	Berg- u. Hütten-Gesellsch.	Div. 1874	6,40	0					
Staats-Geldanl.	34	99,75	III. u. IV. Pr. 1875	5	103,30	do. do. von 1866	5	178	Westf.-Hamburg	—	0	† Stargard-Posen	119,90	8 1/2	† Hamburg-Pfandbr.	5	53,50	Wien. Comm.-Anl.	12	0	do. do. B. Lübeck	5	51,20	12	0				
Präm.-A. 1865	34	94,25	do. do. von 1870	5	107,40	do. do. von 1870	5	87,10	Westf.-Hamburg	80,25	3	† Stargard-Posen	24,50	0	† Hamburg-Pfandbr.	5	51,20	† Präm.-A. 1865	34	94,25	† Präm.-A. 1865	34	94,25	† Präm.-A. 1865	34	94,25	† Präm.-A. 1865	34	94,25
do. do. von 1870	34	94,25	do. do. von 1875	5	100,20	do. do. von 1875	5	85,50	Westf.-Hamburg	123,50	—	† Stargard-Posen	51	2 1/2	† Hamburg-Pfandbr.	5	51,20	† Präm.-A. 1865	34	94,25	† Präm.-A. 1865	34	94,25	† Präm.-A. 1865	34	94,25	† Präm.-A. 1865	34	94,25
do. do. von 1875	34	94,25	do. do. von 1880	5	100,20	do. do. von 1880	5	85,50	Westf.-Hamburg	77,25	5 1/2	† Stargard-Posen	29,50	2 1/2	† Hamburg-Pfandbr.	5	51,20	† Präm.-A. 1865	34	94,25	† Präm.-A. 1865	34	94,25	† Präm.-A. 1865	34	94,25	† Präm.-A. 1865	34	94,25
do. do. von 1880	34	94,25	do. do. von 1885	5	100,20	do. do. von 1885	5	85,50	Westf.-Hamburg	100,10	6 1/2	† Stargard-Posen	24,10	0	† Hamburg-Pfandbr.	5	51,20	† Präm.-A. 1865	34	94,25	† Präm.-A. 1865	34	94,25	† Präm.-A. 1865	34	94,25	† Präm.-A. 1865	34	94,25
do. do. von 1885	34	94,25	do. do. von 1890	5	100,20	do. do. von 1890	5	85,50	Westf.-Hamburg	99,90	0	† Stargard-Posen	47	0	† Hamburg-Pfandbr.	5	51,20	† Präm.-A. 1865	34	94,25	† Präm.-A. 1865	34	94,25	† Präm.-A. 1865	34	94,25	† Präm.-A. 1865	34	94,25
do. do. von 1890	34	94,25	do. do. von 1895	5	100,20	do. do. von 1895	5	85,50	Westf.-Hamburg	0,90	0	† Stargard-Posen	81,75	6	† Hamburg-Pfandbr.	5	51,20	† Präm.-A. 1865	34	94,25	† Präm.-A. 1865	34	94,25	† Präm.-A. 1865	34	94,25	† Präm.-A. 1865	34	94,25
do. do. von 1895	34	94,25	do. do. von 1900	5	100,20	do. do. von 1900	5	85,50	Westf.-Hamburg	2	0	† Stargard-Posen	47,50	6	† Hamburg-Pfandbr.	5	51,20	† Präm.-A. 1865	34	94,25	† Präm.-A. 1865	34	94,25	† Präm.-A. 1865	34	94,25	† Präm.-A. 1865	34	94,25
do. do. von 1900	34	94,25	do. do. von 1905	5	100,20	do. do. von 1905	5	85,50	Westf.-Hamburg	11,75	0	† Stargard-Posen	44,60	6	† Hamburg-Pfandbr.	5	51,20	† Präm.-A. 1865	34	94,25	† Präm.-A. 1865	34	94,25	† Präm.-A. 1865	34	94,25	† Präm.-A. 1865	34	94,25
do. do. von 1905	34	94,25	do. do. von 1910	5	100,20	do. do. von 1910	5	85,50	Westf.-Hamburg	24,90	0	† Stargard-Posen	26,10	0	† Hamburg-Pfandbr.	5	51,20	† Präm.-A. 1865	34	94,25	† Präm.-A. 1865	34	94,25	† Präm.-A. 1865	34	94,25	† Präm.-A. 1865	34	94,25
do. do. von 1910	34	94,25	do. do. von 1915	5	100,20	do. do. von 1915	5	85,50	Westf.-Hamburg	15	0	† Stargard-Posen	443,50	6 1/2	† Hamburg-Pfandbr.	5	51,20	† Präm.-A. 1865	34	94,25	† Präm.-A. 1865	34	94,25	† Präm.-A. 1865	34	94			

